

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Haus".

Schalter-Halle öffnet von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Bernruf:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6050-53.

Von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, außer Sonntag.

Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Pf. für lokale Anzeigen im "Arbeitsmarkt" und "Neuer Anzeiger" in rückwärtiger Spalte; 20 Pf. für alle anderen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Zeitungen; 2 Mt. für auswärtige Zeitungen. Ganz-, halbe, viertel und vierter Seiten, durchlaufend, nach blanker Verordnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Bezeigen in fernen Auslandssachen entsprechender Rabatt.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 10 Pf. monatlich, M. 2 — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bezugnahme. M. 3 — vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler ausgesandt. Verkaufs-Preis: Bezug-Abstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Spezielle Bäckerei 28, sowie die Ausgabebücher in allen Teilen der Stadt; in Birken: die bestreiten Ausgabebücher und in den benachbarten Landstädten und im Rheingau die bestreiten Tagblatt-Träger.

Anzeigera-Kennzeichnung: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Güntzelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorhergesetzten Tagen und Wochen wird eine Gewalt übernommen.

Donnerstag, 11. Juni 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 257. • 62. Jahrgang.

Wegen des Fronleichnamstages erscheint die nächste "Tagblatt"-Ausgabe am Freitagabend.

Das Ministerium Ribot.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

C. L. Paris, 9. Juni.

War das Ministerium Viviani ein totgeborenes Kind, dürfte das Ministerium Ribot bald den Schwächen des Greisenalters erliegen. Heroisch möchte sich der 72jährige, etwas zitterige, aber patriotisch überzeugte Rechtsrepublikaner auf den Weg, um, wie er sagte, "ein ganz nach links orientiertes Kabinett zu bilden". Zwölf Stunden lang, fast ohne Unterbrechung, fuhr er durch Paris spazieren, erkletterte zwanzig Treppenhäuser, eruierte, konultierte und fasilierte, brachte Vortesenilles an den Mann, wo immer es ging, und versuchte in später Abendstunde dem ungeduldig wartenden Präsidenten Voynacé, daß die Sache glühen werde.

Alexandre Ribot war lange Zeit das heraldische Wappenzeichen der Deputiertenkammer. 1842 in Saint-Omer im Pas-de-Calais geboren, Doctor juris, Advokat, dann Richter, ab 1875 Direktor der Kriminalangelegenheiten im Justizministerium, im folgenden Jahre auch Staatsrat, erwählte ihn seine Vaterstadt 1878 als republikanischen Abgeordneten in die Kammer, der er mit nur einer kurzen Unterbrechung (1885 bis 1887) bis zu seinem Übergang in den Senat angehörte. Von 1890 bis 1892 war er Minister des Auswärtigen und 1893 sowie 1895 Ministerpräsident. Als Führer des Zentrums, der sogenannten Progressisten, befürwortete er unentwegt Waldeck-Rousseau und Combes' antiflorale Politik, desgleichen alle sozialen und fiskalischen Reformen — das heißt, meist nur bis zur letzten Abstimmung, dann fand er ein Mittelchen, mit allerlei schönen Worten sich der Linksnobilität anzuleben, um nicht ganz als Reactionär verdrängt zu werden. Beim Übergang in den Senat verlor er sogar einen unerwarteten Punkt nach links, trat selbst für die Einkommensteuer ein, allerdings nur in der mildesten Form. Trotzdem hielt man seine Rückkehr zur Macht für ein Unding, weil die Zeit dieses wässrigen Republikanismus vorüber sei. „Stehen die Toten wieder auf aus ihren Gräben“, singt der Chor der alten Oper. Hundert Reden haben wir von Alexandre Ribot gehört, außerdem hörbar, ob er ein Wort sagen würde, daß er nicht schon in der ersten vorgebracht hätte. Wenn er sich zur oratorischen Apotheose emporraffte, die weinen Haare aus der ernsten Stirn zurücktritt und mit Grabestimme von der Ehre und Größe des Vaterlandes sprach, hatte dies „Couplet“, wie der Parlamentsjargon sich ausdrückt, allweils den gleichen Er-

satz. Eine etwas nachlässige Vornehmheit hatte den auch klassisch gebildeten Ribot in die aristokratische Académie Française eingespielt. Sein dortiger Kollege, Raymond Voynacé, spielte ihm zu Beginn des vergangenen Jahres einen bösen Streich. „Wenn Sie kandidieren, verzichte ich“, sagte der Lothringer achtungsvoll. Der hohe Greis kandidierte, und Voynacé ließ sich wählen. Als jetzt der andere Académicien, Paul Deschanel, es ablehnte, ein Ministerium zu bilden, flüsterte man: „Das ist seine Rache für Versailles; er will den Präsidenten nicht aus der Verlegenheit ziehen.“ Ribot wird Rebanchef im entgegengesetzten Sinne angeklagt. „Wer weiß“, schreibt Taurel in der „Humanité“, „ob er nicht von diesem Beweis führer Jugend irgend welche fast übernatürliche Reibacke des Glücks erwartet, für den Fall, daß ein Sturmwind über die höchste Spitze des Olymps hinwegbrausen sollte?“

Wie dem auch sei, fürs erste dient Ribot einer Klärung der Lage. Ein Ministerium mußte endlich vor den Parlamenten erscheinen, um das Rätsel zu lösen, ob eine Mehrheit der Rechten oder eine Mehrheit der Linken vorhanden ist. Es könnte sein, daß beide vorhanden sind. . . In der Frage der dreijährigen Dienstzeit geließen sich Ribot wohl außer den 65 Mann der radikalen Linken, deren Präsident Delcassé selbst ein Portefeuille annahm, noch eine Handvoll geeigneter Radikalen zu, die ihre Fahnenflucht links damit entschuldigen werden, daß sie die Ansicht des alten Demokraten Leon Bourgeois teilen. Und Bourgeois, der wie Clemenceau für die drei Jahre schwört, hat Ribot seinen Beifall gewährt. Aber dann, wenn der sozialistische Radikalismus im Problem der Landesverteidigung gescheitert und in die Minderheit gedrückt wird — kann man einem Ribot auch die Regelung des finanziellen Problems überlassen? Er will die „weitgehenden Zugeständnisse“ machen, nimmt die Einkommensteuer innerhalb des Budgets für 1914, die Kapitalsteuer und selbst die Couponsteuer auf die nächste Staatsanleihe an — die Staatsanleihe, die zu allererst jetzt erlassen werden soll, um die geleerten Kassen zu füllen und den arg mitgenommenen Kreditinstituten etwas zu verdienem zu geben. . . Das Renoult, Messimy und Viviani die Mitarbeit ablehnten (mit der Begründung, sie würden doch nicht die Stimmen ihrer Parteifreunde mitbringen), lehrt, wie gebrechlich Ribots „großes Ministerium“ ist. Aber wenn der schlimmste Moment vorüber ist, kann wohl Delcassé ein etwas weiter nach links abgestimmtes Kabinett zu bilden versuchen — immer vorausgesetzt, daß der geistige Radikalismus nicht doch die absolute Mehrheit hat und allen Experimenten des Elvées einen Strich durch die Rechnung macht. Clementel, der mit 345 Stimmen zum Vizepräsidenten der Kammer gewählte Radikale und Exminister Var-

thous, zeigt wohl, daß eine geheime Rechtsmehrheit für Abtrünnige der Linken zu haben ist — aber bei öffentlicher Abstimmung pflegen die Dinge in dieser Sammler der Nutzlosen anders auszusehen. Qui vivra verrá!

Die Suffragetten.

Die Entartung der Frauenstimmrechtspropaganda in England lädt naturgemäß in den Kulturstoffen des Kontinents die besorgte Frage entstehen, ob nicht auch diese Bewegung ihre trüben Glühen zu uns herüberschwält. Obwohl die Stimmrechtsinnen ihre agitatorische Tätigkeit bereits nach dem Kondensat verlangt haben, sind doch weder bei uns noch in den Nachbarländern Symptome dafür erkennbar, daß die epocheite Propaganda der Tat, wie sie die englischen Suffragetten betreiben, Schule machen könnte. Gleichwohl die es grundlegend, wenn man nun im übrigen Europa diesen Trost zum bequemen Anschluß nehmen würde, den Kopf in den Sand zu stecken. Es gilt natürlich, die tiefen Ursachen der englischen Ausschreitungen zu erforschen, und die Wege zu überprüfen, die bei uns die Frauenbewegung in ihrer positiven Bestätigung zu erhalten vermögen.

Dem Kenner der Verhältnisse kann es kaum zweifelhaft sein, daß der tiefste Grund der Suffragettenbewegung in der traditionellen Überwertung der Frau liegt, wie sie sich in England eingebürgert hat. Das liegt zunächst vorab, ist aber physisch dennoch richtig. Jahrhunderte hindurch stand im Leben der englischen Gesellschaft die Frau auf dem Herrschaftsstand des Mannes. Die Frau ist dort bei weitem nicht so oft die Kameradin des Mannes, die seine Sorgen und seine Arbeit teilt, sondern sie wird die Arbeit und begnügt sich lange Zeit mit dem gesellschaftlichen Regiment. Das gilt weniger für die Oberschicht, während auch im Bürgertum und bei den arbeitenden Massen die Frau im praktischen Leben sich längst den Gleichtwert erzielt. Das englische Bürgertum kennt eine sehr weitgehende Bestätigung der Frau. Als Arbeitsgründerin des Mannes haben englische Frauen großes Geschick geleistet. Man denkt an Katharine Booth, die Mutter des Heilsarmee-Generals, oder an das Ebenezer Webb, die Begründerin der Trades Union. Aber die Suffragettenbewegung ist in erster Linie eine aristokratische Entwicklung. Sie hat den unnatürlichen Reiz, daß sie ihre Machtsymbole auf Grund der gesellschaftlichen Überwertung der Frau stellt und nicht auf Grund der Erfüllung bürgerlicher Pflichten die sozial-bürgerliche Gleichberechtigung verlangt. Daraus ändert auch nichts, daß die Bewegung allmählich Schichten der berufstätigen Frauen ergreift und der aristokratischen Thoreff sich allmählich verwandelt. Die Frauen, die auf Grund ihrer Arbeit das Stimmrecht fordern, fragen nicht nach den Rechten ihrer überlebenden Helferinnen, sondern nehmen natürlich die Bündesgenossen, wie sie sie finden, selbst, wenn sie ihre Kampfschwerpunkte für widerständig und verschwiegungswürdig halten. (Der Propaganda der Tat stehen auch in England die gemäßigten Frauenrechtslerinnen, sie nennen sich zum Unterschied gegenüber den Suffragettes — Suffraga-

Phänomene bleibt, und es muß immer und immer wieder erkläre werden.

Daher die Musik eine Weltsprache und daß sie von holden Sinnlosigkeit ist, gibt ihr zunächst den Vorrang als volksstückliche Kunst. Wie aber? Ist's nicht eben der Fortschritt zum Sinnvollen, Gedankenschweren, was die Tonkunst unserer Tage von der vorwagnerschen unterscheidet? Hat sie nicht mit ihren Schwestern in Apoll, mit Dichtung, Malerei und Literatur den engsten Ballt geschlossen, um ihr Primitiv abzuschließen? Und ist nicht Richard Strauss eben der Hauptvertreter jener Richtung, die das Reinmusikalische in Acht und Raum erläßt?

Das alles mag in der Theorie wahr sein. In Wirklichkeit ist es aber eben die reine Musik, wenn auch nicht im ausschließlichen Hanslickschen Sinne, die dem Tonkünstler die Macht über seine Zeitgenossen gibt. Und Richard Strauss hätte durch Aufermusikalische eher abgestoßen als angezogen, wenn nicht immer wieder das Primitiv zu ihm zurückgeführt hätte.

Es wird nötig sein, den Weg zu Wagner zurückzugehen. Als er auftrat, schien es, als sei damit die Gotterdämmerung im Reich der programmlosen Musik angebrochen. Die Unzufriedigen, die Ästheten, die Geübten jaudeten ihm zu. Man feierte nicht den Musiker, sondern den umfassenden Geist, der eine neue Kultur aufsteigen ließ. Nun, da Wagner Gemeinkunst geworden ist, bliesen wir uns und finden, daß seine Musik das einzige Bleibende ist. Wie von selbst reicht er sich den stolzen Erfindern, den Meistern des Ausdrucks, an. Die Zufriedigen haben ihn sich zurückgewonnen, und die Welt gerichtet ihn ebenso naiv wie jene Meister, die er durch sein Kommen zu verschiedenen schien.

Ein schredliches Epigonentum war nun zu überwinden; schredlicher als sonst, weil die reinen Ästheten, die literarischen Musiker nun auf den Plan treten. Aus dieser Gruppe der Epigonen hebt sich Strauss empor. Sein Weg ist ein anderer. Er wurzelt in der programmlosen Musik. Und als Wagner Gewalt über ihn gewinnt, hat er von jener nicht nur den Grundton seiner Themen, sondern auch das ganze Rüstzeug der Formen übernommen. Nun tut er, dank Alexander Ritter, den großen Schritt zur Programm-Musik. Einen anderen hätte das gut Nachahmung verdammt. In ihm aber wirkt das

durch musikalische Erziehung entwinkelte Primitiv so stark nach, daß er dem reinen Ästhetentum erliegen kann. Der Vorsprung, den er dadurch gewinnt, ist außerordentlich. Mag die Ausdrucks Kraft seines Orchesters noch so sehr wachsen, sie wäre unmöglich ohne den Geist der Mehrstimmigkeit, die durch die Urfeste seiner Entwicklung in ihm gegeben und zu immer höherer Freiheit geführt ist.

Mit einem Wort: Richard Strauss hat noch etwas von jener Einfachheit der echten Musiker. Er ist nur technisch kompliziert, geistig durchsichtig; und das ist sein Glück; das sein Erfolg.

Aber nicht umsonst ist er in die neuere Zeit hineingewachsen. Er braucht die Literatur, wie die Literatur ihn braucht. Die starke Teilnahme des Ungläubigen an der Musik, die aus der Wagnerzeit stammt, überträgt sich auch auf ihn, der sich an Weite des Horizonts mit Wagner nicht messen kann. Strauss hat den Egoismus, als literarisch zu gelten; er möchte komplizierter sein, als er ist. Wir haben seinen geistig bedeutenden Waffenbruder Gustav Mahler unter dem Zwiespielt des modernen Menschen zusammenbrechen sehen. Ein Riß geht durch sein Schaffen, der durch ein unsichtbares Programmband gebunden war. Strauss hat diesen Riß nicht zu führen; aber ganz ohne Wirkung bleibt doch die Literatur nicht auf ihn, so daß er vom Sinfonischen zum Musikkramatischen übergeht.

Strauss' Karriere vor allen Musikern der Gegenwart beruht auf der Geschlossenheit seines Schaffens. Hatte Wagner und Liszt den Aphorismus in der Musik gezeugt, so bald das Orchester alle Kraft auffangt, so werden von Richard Strauss wieder die Details zum Kunstmusik zusammengefäßt. Das Gewissen des Aufbaus, die Kraft der Technik ist so groß, daß sie auch dann nicht versagt, wenn der Aphorismus tiefliegend erschien. Die Meisterschaft weiß selbst über Unfertigkeiten immer Weg und Schluß zu finden. Der Sinn für Wirkung legt an den entscheidenden Stellen nicht aus; immer werden wir mit befriedigendem Wohlgefallen einstimmen. Und damit stellt sich Strauss in scharfen Gegensatz zu einer Zeit, die in Dichtung, im Schönen den Aphorismus pflegt; die liebt ein bedeutendes halbfertiges als ein schablonenhaftes Werkzeug vor der Öffentlichkeit ausbreiten.

Aber es hieße Schönfächerlei kreisen, wollte man ver-

Richard Strauss.

Zu seinem 50. Geburtstag (11. Juni) von Dr. Adolf Weismann.

Wir haben allen Grund, stolz zu sein. In diesen Tagen, da die Feier der Fünfzigjährigkeit oft als eine lästige Pflicht, als ein dem Ergrauenenden gezauberter Mildeidssobolus empfunden wird, dürfen wir einen deutschen Musiker in seiner Vollkrise beglückwünschen. Richard Strauss ist ein Lebendiger, an dessen Geschicken nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt Anteil nimmt. Und wenn es nötig ist, beim Herannahen der Ehrentage von Dichtern das Gewissen der Zeitgenossen aufzurütteln, Aufführungen ihrer Werke zu fordern, so dürfen wir hier mit Freude feststellen, daß des Musikers Schaffen in uns noch anflingt und nicht erst durch einen Gewaltakt zum Leben erweckt werden braucht. Noch mehr: hier ist ein hoch persönliches Glück erreicht, wie es nur wenigen Sterblichen beschieden ist. Erfolg in der Kunst und im Leben: in diesen Zeichen wird Strauss 50 Jahre alt. Woher stammt dieser unerhörte Erfolg? Ist es die Qualität der Leistung allein, die Strauss auf die übergroße Höhe geführt hat? Gibt es nicht andere Ritter der Kultur, die ein Gleichtes für sich zu beanspruchen hätten, und doch mehr im Schatten, Stiefelnder des Glücks bleiben?

Gewiß ist, daß Dichter unserer Tage, die Zeitprobleme vor uns aufstellen, nie das starke Echo finden werden, das für unseren Strauss sich stets von selbst einstellt. Eine Bedenk-Premiere wird nie auch nur halb so viele Zedern in Bewegung setzen wie die Erstaufführung eines Strauss'schen Musikkramatischen. Dem Musiker werden Borschuklosterwerken gespendet, jede einzelne Phase von den Geburten bis zur Taufe des Glücks wird miterlebt, die Nerven der Zeitgenossen schwingen mit, die Sensation dauert Wochen, Monate lang, um noch kurzem Zwischenraum einer neuen Piaz zu machen. Das Musikkramatisches, die Oper gerät ja in die gesäßliche Nachbarschaft der Operette, ohne die Vornehmheit einzubüßen. Ein seltsames, großartiges Schauspiel.

Man hat Strauss oft „ein Kind seiner Zeit“ genannt; man hat darauf hingewiesen, daß keiner wie er den Erfolg verbrieft, zugießen, den weitverzweigten Apparat zu beherrschen weiß, der nun selbsttätig für ihn arbeitet. Das ist wahr. Aber das

gäste, absolut ablehnend gegenüber. Schrift.) Die gesellschaftliche Überwerfung der Frau hat in England auch noch den üblichen Erfolg gehabt, daß einer bestimmten Schicht der Frauen die Meinung gelommen ist, sie könnten ihren Willen mit den körperlichen Mitteln durchsetzen. Es begann ja erst harmlos mit dem Einwerfen von Tressierscheiben, aber allmählich steigerten sich die terroristischen Mittel, und was die zur vollendeten verbrecherischen Hysterie geführte Pfefferfusseggktion jetzt in Brandstiftungen und Verstümmelungen leistet, das zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die falsche Behandlung, die in England die Suffragettenbewegung von Anfang an erfahren hat.

Wenn jetzt in Deutschland sich Frauen melden, die den Ausschluß der Frauen von der öffentlichen Bekleidung, ja von der Berufsbearbeitung mit dem Hinweise auf die „englische Gefahr“ fordern, so kann nicht energisch genug darauf hingewiesen werden, daß das so ziemlich das Törichteste ist, was man fordern kann. Der Vorzug der deutschen Frauenbewegung ist es, daß sie von den berufstätigen Frauen im weitesten Sinne des Wortes gelebt wird. Die antifeministischen Kreise stehen ihr höchstens mit lächerlicher Rücksicht, zumal aber streng ablehnend gegenüber. Das Frauenvimmrecht ist zurzeit in Deutschland nur eine Frage belehntnis-theoretischer Art. Sie kennzeichnet das Ziel, aber auch hier ist schließlich die Bewegung doch mehr. Diese Bewegung ringt nach immer neuer bürgerlicher Verantwortungsfähigkeit, sie erfüllt im südlichen Armen- und Wohnungseinspektionsdienst große und in der Volksbildung noch größere Aufgaben. Ihre nationalen Leistungen sind nicht zu leugnen! Wo die Frau nur gesellschaftliches Dekorationsmittel ist, da glimmt auch bei uns unter der Decke ein gefährlicher Funken. Das zeigt blühend klar die wichtige Kritik, die Annemarie v. Rathbusius in ihrem Roman „Ich bin das Schwert“ dem Ubei wegen seiner Behandlung der Frau entgegenstellt. Noch haben wir keine rein antifeministische Frauenbewegung. Selbst die proletarischen Frauen denken so gefund, doch sie den „Gebärtreit“ verschlafen. Wie haben nur eine im wesentlichen auf die Beruf- und die soziale Bevölkerung ausgestellte Frauenbewegung, deren Einzel-Leistungen sehr wohl die Frage betontig erscheinen lassen, in welcher Weise diese wertvollen Kräfte auch durch Verleihung öffentlicher Rechte dem Ganzen dienstbar gemacht werden können. So ernster man über diese Frage behandelte, desto mehr wird man der Einsicht beider Suffragetten, d. h. also Stimmrechts für Frauen, entsagen müssen.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der gestern vormittag um 9½ Uhr ausgegebene offizielle Krankheitsbericht über das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz lautet: Zu dem Befinden des Großherzogs möchte ich jetzt eine große Schwäche gelind, so daß der Gesundheitszustand sehr befriedigend ist. Berlin, ges.: Bier, Schloß.

* Die Reichseinnahmen 1913. Die endgültigen Zahlen über die Einnahmen des Reiches an Zöllen, Steuern und Gebühren für das Rechnungsjahr 1913 werden im "Reichsbau-
 anzeigen" veröffentlicht. Nach Ihnen beträgt die Gesamtein-
 nahme 1889,28 Millionen Mark gegen 1684,37 Millionen
 Mark nach dem vorläufigen Ergebnis. Die Einnahmen des
 Reiches aus den Zöllen, Steuern und Gebühren sind damit
 um 10,5 Millionen Mark hinter dem Statistikheft zurückge-
 blieben.

* Die Kleinhandelsenquete. Im Reichstagsgebäude fand, wie kurz genannt, vorgestern eine Vorlesungssitzung über die Frage der Veranstellung einer Kleinhandelsenquete statt. Auf Einladung des Staatssekretär Dr. Delbrück hatten sich eine große Anzahl von Ressortministern der verbündeten Regierungen, mehrere Mitglieder des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses, Vertreter des deutschen Handelskongresses, sowie einige großer Detailistengesellschaften und sonstige Sachverständige eingefunden. Den Vorsitz führte in Vertretung des Staatssekretärs, der durch eine gleichzeitig stattfindende Sitzung der Güstungs- und Lieferungskommission verhindert war, der Direktor im Reichsamt des Innern Gospert. An den einleitenden Vortrag des Referenten des Reichsamts des Innern schickte sich eine lebhafte Diskussion, in welcher alle

schweigen, daß solche Geschlossenheit des Kunstwerks, die einen starken Gewinn bedeutet, nicht auch Verluste für uns mit sich führt. Sie wird um jeden Preis erreicht, also auch um den von Werken, die uns am Herzen liegen. Der Gegensatz zwischen der Einfachheit des musikalischen Gedankens und der Kompliziertheit der Technik ist da, und er läßt sich nicht verbüllen, nicht aus der Welt schaffen. Der klassizistisch gerichtete Musiker von einst ist doch nicht ohne Grund ins Lager der Programm-Musik abgeschwommen. Im Reiz der Programmlosigkeit, das fühlte er, würde er nie ein Eigener, ein Führender werden; auf dem Orchester, das wußte er, würde ihm, dem im klassischen Erstarkten, die Kraft wachsen. Dort eine Naivität, die auf die Urausgänge der Musik zurückwirkt; hier die gesteigerte Reizsamkeit des Zeitalters, von einem führenden Meister, einem überragenden Techniker in prägnantestem Ausdruck gefaßt. Zwischen beiden liegt ein Abgrund. Der Bruch in der Entwicklung tritt zutage. In dem großen Organismus des Werkes befindet und inhaltlich Unorganisches, durch die Meisterhand dem oberflächlichen Blick entzogen. Und doch dem Seinbürgen sichtbar. So kommt es, daß wir oft mitten in der Bewunderung des Grandiosen im Ausdruck durch etwas Alltägliches ermüdet werden. Wollen wir damit aussprechen, daß alles, was bei Staub Erfindung, Threno ist, aus zweiter Hand stammt? Keineswegs. Zunächst wird es überhaupt nicht leicht sein, den Begriff der Erfindung, wie er bis heute herausgebildet hat, klar abzugrenzen. Die Möglichkeiten des Diatonischen scheinen erschöpft, und der harmonische Unterbau vermag das Unoriginelle der Linie nicht zu verbüllen. Die Laien der großen Vergangenheit drückt, und sie drückte selbst einen Meister wie Brahms. Die Möglichkeiten aber, die im Motivmusik liegen, sind von Richard Strauss zu ungeahnter Entfaltung gebracht worden. Ja, seine geistvoll durcheinanderwirbelnde Technik und seine erstaunliche Klangphantasie sind so erfunden, daß sie Motive schaffen, die wir in anderen geltendmäßigen Werken sofort als die seitigen wiedererkennen. Die Frage ist nur, ob dieser bewegliche Geist die ganze Gesellschaft so beeindruckt, daß Gedanken und Ausdruck sich überall deuten. Hier legen wir den Finger auf einen schwachen Punkt. Der Witz, der Geist werden sich Strauss in der Oberflächenkunst nie versagen. Aber sie müssen gegenüber der Linie die Waffen strecken. Dies tritt das Surrogat ein. Die Roskretzien des Diatonischen, sagten wir, müssen

einschlägigen Gesichtspunkte eingehend erörtert wurden. Die Behandlung dauerte nach einer Mittagspause bis in die Abendstunden fort. Gafferla wurde, wie uns mitgeteilt wird, die Beratung im engsten Kreise der Regierungsräte fortgesetzt.

B. C. Bautätigkeit und Wohnungsmarkt. Von der Bautätigkeit und dem Wohnungsmarkt in deutschen Städten im Jahre 1913 wird in einer Sonderbeilage zum Aprilheft des „Reichs-Arbeitsblatts“ berichtet. Die Statistik erstreckt sich auf die Städte mit über 50 000 Einwohnern. Wie im Vorjahr liegt der Baumarkt unter dem hohen Stand. Von 25 Städten, für die sich die Angaben über die Bautätigkeit in den letzten beiden Jahren vergleichen lassen, hatten nur 14 eine stärkere, 21 aber eine geringere Bautätigkeit aufzuweisen. Den höchsten Wohnungszugang zeigt Baut mit 61,35 v. T. des Bestandes, Düsseldorf mit 41,19 v. T., Königsberg mit 39,47 v. T., Herne mit 30,79 v. T., den geringsten Wiesbaden mit 8,91 v. T., Borbeck mit 4,91 v. T., Darmstadt mit 5,10 v. T., Oerlich mit 5,15 v. T., Berlin mit 5,90 v. T. Der Zugang an Kleinwohnungen war bei 12 Städten geringer, als der Zugang an Wohnungen überhaupt, nur bei 10 Städten war er größer. Der geringen Bautätigkeit entsprechend hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen abgenommen. Nur in zehn Städten ist der Bestand an leerstehenden Wohnungen gestiegen, in 8 ist er gleichgeblieben, bei 43 aber zeigt sich ein zum Teil recht erheblicher Rückgang. Im Verhältnis zum Bestand hatte die meisten leerstehenden Wohnungen Hamburg mit 5,8 v. H., Berlin-Wilmersdorf mit 5,5 v. H., Berlin-Sieglin mit 5,4 v. H., Altona mit 4,7 v. H., Neuwalde mit 4,5 v. H. und Berlin mit 4,4 v. H. auszuweisen. Die wenigsten leerstehenden Wohnungen hatte Dortmund mit 0,8 v. H., Ulm mit 0,4 v. H., Bielefeld, Linden, Lübeck, Niedersachsen und Stettin mit je 0,5 v. H.

* Eine Vorlage über die Bereitstellung neuer Mittel für den Rhein-Dreierthal lag jürgenzeit im preußischen Staatsministerium. Sie sollte ursprünglich dem preußischen Landtag noch vor der Vertragung zugehen. Man hat sie davon abstand genommen, und die Vorlage wird erst im Herbst eingebracht. Durch diese Vorlage sollen der Regierung 17 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, die durch Überbrechungen beim Gründungsbetrag notwendig geworden sind.

* Die Tschechen im Deutschen Reich. Bremen dürfte allgemein für eine rein deutsche Stadt gelten. Dass dem nicht ganz so ist, beweisen die Mitteilungen des Vereins für das Deutschkum im Ausland, die von einer tschechischen Fahnenweiße in der Bremer Marienkirche zu berichten wünschen. Diese Feier ging am 26. April d. J. unter großem Komp vor sich, den Alte nahm der österreichische Abgeordnete Dr. Stojan mit dem tschechischen Ortsfarter Brodnerich vor. Wie Bremen seinen tschechisch-herzoglichen Wenzelsverein, so haben übrigens auch andere Großstädte im Deutschen Reich ganz erhebliche tschechische Minderheiten, die sich in festen Verbänden und Vereinen organisiert haben. Berlin, Dresden und Leipzig entsenden stets zu den Sotslagungen anscheinlich Scharen rothmündiger „Falken“, die mit herausfordernden Wimmen ihre Schilde mit den Aufschriften Berlin, Dresden und Leipzig aufsetzen.

KK. Obligatorischer Schwimmunterricht in Volksschulen.
Auf eine Stundentage der Deutschen Städte-
tagen hin sind 11 Städte bekannt geworden, in deren Volksschulen
obligatorischer Schwimmunterricht eingeführt ist:
Aachen, Augsburg (Aboden 7. Jahrgang, Mädchen 8. Jahr-
gang), Köln (Oberklassen), Dortmund (desgl.), Düsseldorf,
Elsberfeld, Gienhau (8. Schuljahr), Herlohn (obere Messen),
München (8. Schuljahr), Saarbrücken (7. und 8. Schuljahr),
Bierßen (vom 4. Schuljahr ab). In Bremen besteht zwar keine
eigenständige Zwang, doch hält sich die dort getroffene Einrich-
tung auch im Rahmen eines obligatorischen Betriebes.

lionen Mark, die Zahl der Vereinsmitglieder etwa 70. Der Verein besitzt zwei städtische Häuser in Berlin. Die wöchentlich erscheinende „Zeitschrift des Vereines deutscher Ingenieure“ hat einen Umlauf von über 2000 Seiten erreicht und erscheint in einer wöchentlichen Auflage von 20 000 Stück. Die Herstellung- und Verbandskosten haben rund 670 000 Mark betragen. Auf die weiteren geschäftlichen Verhandlungen folgte der Vortrag des Herrn Neuhause, Generaldirektor von A. Voigt (Berlin-Tegel): „Der Vereinheitlichungsgedanke in der deutschen Maschinenindustrie“. Die Vereinheitlichungsbestrebungen gliedern sich in technisch-fabrikatorische und organisatorische Maßnahmen. Diese betreffen den Einzelbetrieb oder ein ganzes Industriegebiet. In den einzelnen Maschinenfabriken wird besonders an der Normalisierung der Weißblechspangen und der Gingleiteile sowie an der Festlegung der Bedingungen des Arbeitsvertrages und an der Organisation des einzelnen Betriebes gearbeitet. Der deutsche Maschinenbau als Ganzes bemüht sich vor allem Normalien für Bleche, Röhren, Walzstücken, für Leistungstests an verschiedenen Maschinen, ferner ein einheitliches Gewindestandard u. a. zu schaffen, und den Behörden, Behaltern und Arbeitern gegenüber geschlossen aufzutreten, einheitliche Sicherheitsbedingungen festzulegen und die Selbstflosen nach einheitlichen Grundsätzen aufzuteilen. Weitere gemeinsame Arbeiten eritreten sich auf die praktische Ausbildung des Nachwuchses an Arbeitern und Beamten im Lehrlingsverhältnis und im Betriebe. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte und sehr leidenschaftliche Diskussion an, die sich auch auf den Vortrag des Professors Schulmacher vom vorigen Tage erstreckte. Herr Otto Cornehls, Director der Stettiner Werft und Maschinenfabrik, Hamburg, hielt einen Vortrag: „Die neuere Entwicklung des Schiffsmotors einschließlich des Schiffsantriebes“.

* Der Deutsche Müllerbund, G. V., hält seine diesjährige Hauptversammlung am 4. und 5. Juli in Witten i. W. ab. Außer dem Geschäftsbericht und anderen inneren Angelegenheiten des Bundes werden beraten: Die Handelsverträge und das Wühlengewerbe. Der Entwurf eines preußischen Fischereigesetzes. Auch werden fachwissenschaftliche, technische und volkswirtschaftliche Vorträge gehalten.

* Jubiläumversammlung der deutschen Guttentypler. Von 18. bis 20. Juli wird Deutschlands Großloge II des Internationalen Guttentypencordens, die jetzt rund 57 000 erwachsene und über 20 000 jugendliche Mitglieder zählt, an ihrem Stiftungsort Wandsbek ihr 25jähriges Bestehen feiern.

* Die Vereinigung der Elektrizitätswerke hält vom 17. bis 20. d. M. in Freiburg i. Br. ihren 23. Vertretertag ab. Die Vereinigung umfasst 550 Werke des In- und Auslandes.

* Die Stolze-Schreiecke-Schule der Kutschfahrt, die über ihre neuesten Erhebungen berichtet, hat auch im letzten Jahr einen erfreulichen Aufschwung genommen. Sie wird in Deutschland von 2002 Vereinen mit 87 791 Mitgliedern gestiftet. 90 Vereinen und 8811 Mitgliedern mehr als im Jahre vorher. Auch die Zahl der in Deutschland Unterrichteten hat sich wieder um 7914 vermehrt und beträgt jetzt 142 059. In Breitungen wirken für Stolze-Schreiecke 1546 Vereine mit 63 850 Mitgliedern. Die Zahl der Unterrichteten stellt sich hier auf 111 825.

Parlamentarisches.

Reichstagsabgeordneter Leiser †. In Neuenbürg auf den Bildern (Württemberg), wo er seit 1898 als Bürger und seit 1904 als Deputat wirkte, ist gestern früh 8 Uhr der Reichstagsabgeordnete Leiser nach schwerem Leiden gestorben. Leiser, der seit 1903 den 17. württembergischen Wahlkreis Rottenburg vertrat, gehörte der Zentrumspartei an. Er war vor 14 Tagen an einer Ritterschlämpfung hoffnungsvoll erkrankt aus Berlin zurückgekehrt.

Der Arbeitsplan des Landtages. Der Präsident des Herrenhauses hat die nächste Sitzung des Herrenhauses auf den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr, anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen kleine Vorlagen (u. a. Arbeitserwerbsnungsgebot, Fürsorgeerziehungsnorme) und Rechnungssachen. Am 16. Juni wird das Herrenhaus eine weitere Sitzung abhalten und die Besoldungsnorme verabschieden, die am 18. d. R. von der Finanzkommission vorbereitet werden wird. Das Abgeordnetenhaus wird am 15. und 16. Juni ebenfalls noch Sitzungen abhalten und Petitionen und die vom Herrenhause überwiesenen kleinen Vorlagen beraten. Am 16. Juni wird die Session auf den 18. November vertagt werden.

Ballett „Josephslegende“, die Sehnsucht nach dem Einjaden ihn beherrschte. Und wie werden von unserem heutigen Standpunkt in „Salome“ die charakteristischsten musikdramatischen Szenenungen, eine der geistreichsten Episoden der Musikgeschichte überhaupt, stehen.

Mag aber auch in Strauß' Schaffen allgemeines und überall begegnen, mag vieles, was jetzt Werl heißt, künftig nur als Denkstein gelten, die Gegenwart behauptet ihr Recht auf den Meister. Sie eht in ihm noch immer den ersten Musiker der Zeit, sie schüttet sich glücklich in seinem Besitz, und sie wird ihm noch lange ihre Teilnahme schenken. Denn sie sieht sich in ihm, der, alles in allem, ein Phänomen bleibt.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Der bekannte Schriftsteller Professor Dr. Karl Fenzel, der langjährige Chefredakteur der "Nationalzeitung" und Mitbegründer des "Vereins Berliner Presse", ist gestern in seinem Berliner Heim im Alter von fast 87 Jahren gestorben.

Bildende Kunst und Musik. Nach längstem Leiden starb im Rünnchen der Leipziger Hofmusikalienhändler Klein. Die Frühlingsfestspiele in Darmstadt fanden mit der Uraufführung von „Hans im Glück“, einer drei-ältigen Operette von Ottenheimer, ihren Abschluß. Das Libretto erzählt die Geschichte von einem armen Kapellmeister, der eine Grafentochter liebt. Das Schicksal bringt ihn, zu ihrem Verlobungsfest aufzuspielen, dabei kommt es natürlich zu einer Ausehrache und zur Flucht der Liebenden. Im dritten Akt kriegen sie in einem kleinen Tiroler Bahnhof den Segen des Vaters; der im Automobil gefolgte Fürstliche Prätligam bekommt seine Sängerin. Die Komposition kann kaum den Anspruch erheben, die Operettenmusik mit Neuschöpfungen bereichert zu haben, da sie zu viel bekannte Melodien enthält, so einen Walzer, der seine Zugkraft längst erwiesen hat. In zwei bis drei Liedkompositionen findet sich der Ansatz zu seriösem Tonwerk, aber er ist feastlos, bis auf ein Duett vom Scheinen und Meiden. Den stärksten durchsetzen Erfolg brachte einzig die glänzende Uebersetzung durch erste Kräfte: Max Ballenberg (Berlin), Rizzi Günther, Rini Matloch, Hubert Matijala (Wien) und Bruno Harpteit (Saarbrücken). Kl.

Das Petitionsrecht von Ausländern beim deutschen Reichstag. In ausländischen Blättern ist bei der Erörterung über die Heranziehung von Ausländern zum deutschen Wehrdienst behauptet worden, die Verfassung des Deutschen Reichs mache Petitionen von Ausländern an den Reichstag in Soden des Wehrbeitragsrechtes unmöglich. Diese Aussage trifft jedoch, wie die „Part.-Korr.“ schreibt, nicht zu. Die Reichsverfassung bestimmt in bezug auf die Petitionen nicht weiter, als daß der Reichstag das Recht hat, an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrat resp. Reichskanzler zu überweisen. Darüber, ob Ausländer überhaupt Petitionen an den Reichstag richten dürfen, entfällt die Reichsverfassung keine Bestimmung. Die Frage ist aber bereits einmal aus Anlaß einer Eingabe einer österreichischen Stadt in einer Schifffahrtsangelegenheit von der Petitionskommission des Reichstags erörtert worden. Die Kommission hat sich grundsätzlich dahin ausgesprochen, daß auch fremde Staatsangehörige sich mit Petitionen an den Reichstag wenden könnten, daß dieser jedoch nicht verpflichtet wäre, sich mit Eingaben und Beschwerden von Ausländern zu beschäftigen. Den gleichen Standpunkt haben auch verschiedene Staatsrechtslehrer wie Luban und Könne eingenommen. Die Reichsverfassung kennt ein Petitionsrecht nur für die Deutschen, wie es die preußische Verfassung für alle Preußen enthält, nicht.

Heer und Flotte.

Das Eisernen Kreuz in der neuen Rangliste. Nach der neuen Rangliste befindet sich unter den aktiven Offizieren keiner mehr, der das Eisernen Kreuz 1. Klasse trägt; der letzte Inhaber war der im Juni v. J. ausgeschiedene und jetzt hier in Wiesbaden im Ruhestand lebende kommandierende General des 8. Armeekorps, General der Infanterie v. Bloch. Von in Ehrenstellen befindlichen Offizieren tragen noch 15 diese hohe Amtsbezeichnung, darunter Generalleutnant Graf v. Hoefler, der Gouverneur des Invalidenhauses in Berlin, General der Infanterie Führ. v. Hammertstein-Lorien, der Kommandant des Invalidenhauses, Generalleutnant v. Bergmann. Noch 20 im Dienst befindliche Offiziere tragen die zweite Klasse. Dabon sind fünf Armeearmeeleute und neun Korpskommandeure; das jüngste ist Generalleutnant v. Quast, Kommandierender General des 9. Armeekorps, der am 12. Januar 1871 Offizier wurde. Zu den 20 Offizieren gehören sieben Oberstleutnants und ein Major g. D. in etablierten Stellen. 41 in Ehrenstellen aufgeführte Offiziere und 12 Offiziere in Invalidenhäusern sind ebenfalls im Besitz des Eisernen Kreuzes 2. Klasse; ferner tragen es drei Sanitätsoffiziere und sieben Beamte, sowie fünf Reserve- und zehn Landesschützere, darunter drei Sanitätsoffiziere. Sonach sind in der Rangliste noch 106 Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse verzeichnet. In der sächsischen Armee kommt die 1. Klasse noch zweimal, die 2. Klasse noch sechsmal vor, beim württembergischen Armee-Korps ein- bzw. dreimal.

42 Admirale zählt die deutsche Marine jetzt, eine Zahl, die bisher niemals erreicht worden ist. Der rangälteste Großadmiral ist Prinz Heinrich von Preußen, dem im Range Staatssekretär v. Tirsip unmittelbar folgt. Unter den sechs Admiralen befinden sich die Chefs des Marineministeriums, der Ostseestation, des Admiralstabes, der Nordseestation, der Hochseeflotte und der Director des Verwaltungsdépartements des Reichsmarineamts. Alle diese Admirale gehören dem Adel an; fünf von ihnen ist schon früher das Adelsprädikat verliehen worden. Die Zahl der Vizeadmirale beläuft sich auf 12, der Konteradmirale auf 22. Dem Reichsmarineamt gehören 8, der Hochseeflotte 9 Admirale der verschiedenen Stufen an.

Marine-Fliegerstation Sylt. Zu den bereits vorhandenen Marine-Flugzeugstützpunkten im Hochseegebiet soll als weiterer eine Anlage auf der Insel Sylt treten. Die erforderlichen Landanläufe sind bereits in die Wege geleitet worden, die sich auf Geländehöhen im Norden des Islands befinden. Man wird sich hierbei erinnern, daß auch Hellelins Luftschiff auf ihrer Nordseestation im Dünenlande der Insel Wirthach zu Landungen kriegen.

Ein neuer Typ von Schichan-Torpedobooten. Von der Schichan-Werft in Elbing sind für dieses Jahr sechs weitere Hochseitorpedoboots zur Ablieferung an die Marineverwaltung bestimmt worden, von denen die ersten bereits zu Wasser gelassen werden sind. Die neuen Fahrzeuge werden sich in den Hauptabmessungen den englischen „Torpedobootzerstörern“ erheblich nähern. Für die neue Serie ist die Bezeichnung „S 31“ bis „S 36“ bestimmt worden; ihre erste Frontdienstverwendung bei der Inspektion des Torpedowesens wird bei der ersten Torpedobrigade und im Bereich der Ostseestation stattfinden. Die Herstellungskosten jedes Bootes einschließlich der artilleristischen und Torpedoarmierung sind auf über zwei Millionen Mark veranschlagt worden.

Post und Eisenbahn.

Der Dank der Lokomotivführer. Der Minister des Innern v. Loebell empfing eine Ablösung der Lokomotivführer der Brandenburgischen Südbahn zur Überreichung einer Adresse, in der dem Minister Dank ausgesprochen ist für die Fürsorge und Unterstützung, die er in vierzehnjähriger Tätigkeit als Vorsitzender der Brandenburgischen Südbahn insbesondere den Lokomotivführern stets habe aufris werden lassen.

Die größte Beamtenvermehrung, die je eine Reichsbehörde seit Bestehen des Deutschen Reichs in einem Jahre zu verzeichnen hatte, wird in diesem Jahre die Reichspost- und Telegraphenverwaltung aufzuweisen haben, denn es werden 1914 mehr als gebrauchte neue etablierte Beamtenstellen errichtet. Den Hauptanteil an dieser Vermehrung hat die Schaffnerklasse mit 4000 neuen Stellen, dann folgen die Assistenten mit 2400 Stellen, die Post- und Telegraphengehilfen mit 1425 Stellen, die Unterbeamten in gebundenen Dienststellen mit 800, die Landbriefträger mit 400, die Post- und Telegraphenfunkamateure mit 120, die Oberpost- und Telegraphenfunkamateure mit 50, die Vorsteher von Postämtern 2. Klasse mit 30. Ferner werden bei der Zentralverwaltung und den Oberpostdirektionen neben einigen Stellen für höhere Beamte noch 13 neue Stellen für mittlere Beamte, 20 Stellen für Bureau- und Rechnungsbeamte 1. Klasse, 40 für Bureaubeamte 2. Klasse, 74 für Postgehilfinnen neu geschaffen. Die Aufwendungen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung für Besoldungen erfahren durch diese beträchtliche Vermehrung der etablierten Stellen eine Erhöhung um mehr als 30 Millionen Mark und werden insgesamt die Höhe von über 320 Millionen Mark erreichen.

O. W. Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie. Am 1. Juli 1913 ist eine Konvention in Kraft getreten, die im Jahre vorher in London ausgetragen und dank derer das

Internationale Bureau in Bern beauftragt worden ist, alle Dokumente, die die Telegrafie ohne Draht in der ganzen Welt betreffen, zu sammeln. Die so zusammengebrachten Notizen und Berichte können natürlich noch nicht Anspruch auf Vollständigkeit machen, zeigen aber auch so bereits die enormen Fortschritte, die von den drahtlosen Telegraphien gemacht werden. Am 15. Oktober 1913 bestanden im ganzen 4408 drahtlose Stationen, von denen 1848 sich an Bord von Kriegsschiffen, 2298 an Bord von Handelsdampfern und 572 an der Küste befanden. Im meisten eingerichtet ist das System Marconi, dessen sich Italien, England, die Vereinigten Staaten und Kanada fast ausschließlich bedienen, sowie das deutsche System „Telefunken“, das in Deutschland, in Skandinavien, Holland und Argentinien Verwendung findet. 55 Prozent der Küstenstationen und fast 90 Prozent der sich an Bord befindenden sind von diesen beiden großen Gesellschaften eingerichtet worden.

Die ersten Briefkisten wurden 1824 in Preußen eingeführt, nachdem der damalige Generalspostmeister Vogler hierzu durch besondere Nachsuche des Königs Friedrich Wilhelm III. die Genehmigung erhalten hatte. Im Reichspostmuseum ist jetzt ein aus Grund alter Zeichnungen und Goldarbeiten naturgetreu nachgebildetes Modell dieser ältesten preußischen Briefkisten aufgestellt worden. Sie bestanden damals noch aus Holz, waren weiß gestrichen und trugen auf der Vorderseite ein Plakat „Verhaltungsregeln“. Durch diese besondere Anweisung über die Benutzung des Kastens sollte verhindert werden, daß andere als unsanckte Briefe hineingelegt würden. Denn alle zu frankierenden Briefe mußten damals noch am Posthalter abgegeben werden.

Unterbeamten im mittleren Eisenbahndienst. Über die Überführung von Unterbeamten in den mittleren Dienst hat die Eisenbahnverwaltung einen Erlass herausgegeben, der u. a. besagt: Wir weisen darauf hin, daß es zu den wichtigsten Aufgaben der Dienstvorsteher des mittleren Dienstes gehört, befähigte und zuverlässige Unterbeamte für die Ausbildung zum mittleren Dienst in Vorschlag zu bringen und fortgesetzt darauf hinzuwirken, daß eine ausreichende Zahl gut befähigter Unterbeamten herangebildet wird. Obwohl ist es Pflicht der Dienstvorsteher, befähigte junge Leute für die Ausbildung im unteren Dienst, insbesondere im Weichenstellerdienste, und für die demnächstige Verwendung als Hushelfer in Vorschlag zu bringen. Die Dienstvorsteher werden im dienstlichen Interesse und zum Wohle der Bediensteten handeln, wenn sie durch zweckmäßige Guteilung von Arbeiten, insbesondere von schriftlichen Arbeiten, geeigneten Bediensteten Gelegenheit geben, sich weiter auszubilden und ihre Befähigung darzutun. Wir erwarten, daß die Dienstvorsteher den erwähnten Aufgaben in vollem Umfang genügen, damit nur tüchtige Bedienstete des unteren Dienstes mit der Erledigung einer entsprechenden Arbeitslast betraut oder in den mittleren nichttechnischen Dienst übergeführt werden. Den Künsten und den mit der Ausbildung betrauten Dienststellenleitern wird die sofortige Überwachung der Dienstanfänger zur besonderen Pflicht gemacht. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß der Umstand, daß der Vater des Dienstanfängers Eisenbahnbeamter ist, das Urteil über die Beschildigung des Dienstanfängers nicht beeinflussen darf.

Deutsche Schutzgebiete.

DKG. Chinesischer Zugzug nach Tsingtau. Noch immer ist der Zugzug der Chinesen nach Tsingtau stark, und die Nachfrage nach Baumwolle hält dauernd an. Demgemäß soll nach den „Tsingtauer M. A.“ in Kürze bei Zeitungsfirmen und Kaufhäusern neues Baumwollgut eröffnet werden. Die Grundstücke werden jetzt unter den gleichen Bedingungen wie die in Tschapatau vergeben werden. In Tschapatau ist an der Hauptstraße auch europäische Bauweise vorgelebt. Bei den alten Grundstücken, die bisher ja nur zu Mietpreisen überlassen sind, darf man auch an den Übergang zu dem in Tschapatau üblichen Besitzrecht. Wo häufige Erwerbung nicht ohne weiteres möglich sein sollte, will man den Besitzern entgegenkommen durch Einführung von Rentenabzügen. Die Vorarbeiten sind dafür aber noch nicht ganz beendet. Bei der weiteren Entwicklung von Tschapatau werden natürlich auch weitere umfangreiche Straßenanlagen notwendig. Die Pläne sind weit vorausgewandelt. So wird z. B. gleich von vornherein auch die Möglichkeit einer künftigen Straßenbahn mit in Rechnung gestellt, die Tschapatau in einer großen Ringstraße umziehen würde.

DKG. Der Baumwollen in den Tschadese-Gebieten. Nach einem Bericht des landwirtschaftlichen Sachverständigen Dr. Wolff, der leidlich die deutschen Tschadese-Länder bereift hat, ist dort überall der Baumwollbau verbreitet. Er tritt naturgemäß an den Orten, welche auf dem Hang des Uferslandes nach dem Binnenlande zu liegen, mehr in den Vordergrund. In Bogaone war er zwar gänzlich stark vertreten, aber sonst war er südlich von Kufu in den Uferorten nur sporadisch. Der Wert der Fasche erkennt eben auch den Anlauf dieses Produkts aus den Baumwollgebieten. Da es aber nicht ganz fahlt, beweist der auch überall vorhandene Baumwollbau, den man des Verkaufs wegen in diesen Tschadese-Gebieten sicher nicht baut.

Eisenbahn- und Schiffsvertrag für Kamerun. Die technische Kommission des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees hat in ihrer fürstlich unter dem Vorst. von Karl Supf, noch einem grundlegenden Vortrag des Geh. Beurats und Geh. Kommerzienrats Dr. Benz des Sozialrates der Deutschen Kolonial-Eisenbahn- und Betriebsgesellschaft, beschlossen, dem (schon mitgeteilten) Eisenbahn-Schiffsvertrag des Kaiserlichen Gouvernements von Kamerun grundsätzlich zugestimmt und ihn zur möglichst fristgerechten Ausführung zu empfehlen. Die Technische Kommission empfiehlt, bei Ausführung des Gesamtplanes im allgemeinen, wo irgend möglich, eine Verbindung von Eisenbahnen und Wasserstraßen anzustreben.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die wachsende Macht des Tschechentums. Das wirtschaftliche Vordringen der Tschechen in Deutsch-Böhmen und Mähren geht aus einem im „Radochospodarsky Bestnil“ erschienenen Bericht hervor, nach welchem allein im Jahre 1913 in Böhmen und Mähren sechs große landstädtische Gutshöfe im Gesamtausmaß von 6780 Hektar aus deutschem in tschechischen Besitz übergegangen sind. Berden hierzu aber die vielen kleineren Grundstücke gezählt, welche die deutschen Großgrundbesitzer an tschechische Häuser losgeschlagen, so

ergibt sich hier im vergangenen Jahre ein Zuwachs an tschechischem Grund und Boden von mehr als zehntausend Hektaren. Namentlich macht der tschechische Kleinbesitz im Südwesten und Südosten Böhmens, wo der tschechische Besitzstand seit Jahren zu sehends gewachsen sei, große Fortschritte. Es sei, meint das genannte Blatt, nur nötig, den tschechischen Bodenerwerb im Süden Böhmens planmäßig zu organisieren, um das Ziel zu erreichen.

Schweiz.

Die europäische Fahrrakonferenz. Bern, 10. Juni. Die europäische Fahrrakonferenz für den Winterdienst 1914/15, verbunden mit einer Wagendefensionskonferenz, ist heute eröffnet worden. Vertreten sind die Eisenbahnverwaltungen von neunzehn Staaten.

Luxemburg.

Die Neuwahlen zur Deputiertenkammer. Zugburg, 9. Juni. Heute haben in 8 von den 12 Kantonen des luxemburgischen Landes Neuwahlen zur Deputiertenkammer stattgefunden. Von den auscheidenden 32 Mitgliedern gehörten 15 der Liberalen Partei, 11 der Partei der Freien (Norddeutsche), 4 der Sozialdemokratie an und 2 waren Unabhängige. Die Kammer setzt sich bisher zusammen aus 24 Mitgliedern der Linken, 4 Unabhängigen und 17 Katholiken (Rechte). Gewählt wurden heute 10 Mitglieder der Rechten (plus 2), 7 Liberalen (minus 1). An den ersetzlichen 14 Stichwahlen sind beteiligt 13 Rechte, 8 Liberalen und 6 Sozialdemokraten.

England.

Zur Reform des Oberhauses. London, 10. Juni. Es verlautet, daß die Regierung ihre Vorschläge zur Umgestaltung des Oberhauses fertig gestellt hat. Die Veränderung des Oberhauses wird im Hause der Annahme der Regierungsvorschläge durchgeführt sein. Vor allem wird das Gründlichkeitsprinzip vollständig abgeschafft. Die Mitglieder des Oberhauses werden teils vom König ernannt, teils gewählt. Ein Teil der Mitglieder des Oberhauses soll in Zukunft von den Abgeordneten des Unterhauses gewählt werden.

Schweden.

Eine Verhaftung wegen Spionage. Stockholm, 10. Juni. Wie gemeldet wird, ist ein Russe aus Neben-namens Anderson in Malmö wegen Spionage verhaftet worden. Er stand seit Anfang dieses Jahres unter Polizeiaufsicht.

Rußland.

Die gesetzliche Regelung der Immunität der Dumaabschönen. Petersburg, 9. Juni. Die geistige Wendung der Reichsduma, die außerordentlich stark befürchtet war, war der Beratung der Gesetzenvorsteher über die Immunität der Abgeordneten gewidmet. Die äußerste Rechte brachte Abänderungsanträge ein, welche die Immunität beschädigen wollten. Die Duma lehnte die Beratung dieser Abänderungsanträge ab und nahm die Dringlichkeit des Gesetzenvorsteher mit 188 Stimmen der Oktobrissen und der Opposition gegen 99 Stimmen der Rechten und der Nationalisten an. Das Ergebnis wurde auf den Bänken der Oktobrissen und der Opposition mit lebhaftem Beifall begrüßt, während die äußerste Rechte sich zurückzog. Darauf lehnte die Duma mit starkem Mehrheit, die aus den Oktobrissen, der Linken und der Opposition bestand, einen Kommissionsantrag ab, der es für wünschenswert erklärte, die Disziplin und die Verantwortlichkeit der Abgeordneten vor der Duma zu erhöhen und dem Präsidenten der Duma das Recht zu gewähren, zu gewissen Disziplinarstrafevangelien die Initiative zu ergreifen. Die Wiederholung des Kommissionsformel wurde auf den Bänken der Opposition mit lautem Boos begrüßt.

Maßnahmen zur Förderung der Industrie. Petersburg, 9. Juni. Die Reichsduma nahm zum Schlus der Budgetberatung eine Formel an, in welcher die Regierung aufgefordert wird, einen kurzfristigen und einen langfristigen Industrieleid als wesentliche Bedingung für die Entwicklung der nationalen Industrie zu organisieren und wirksame Maßnahmen zur Förderung der Handelsbeziehungen mit dem Orient, Persien, der Mongolei und China zu ergründen, sowohl durch Schaffung eines besondern Schutzzolls für die Ausfuhr wie durch einen Zolltarif und andere Vergünstigungen sowie durch die Ausgestaltung von Verleihmitteln.

Balkanstaaten.

Die rumänischen Kammerwahlen. Bukarest, 10. Juni. Gestern wurden die Wahlen für die Kammer zur konstituierenden Versammlung beendet. Gewählt wurden 145 Liberalen, 22 Konservative, 17 Demokraten, 2 Nationalisten und 5 Unabhängige.

Das griechische Budget für 1914. Athen, 10. Juni. Der Finanzminister hat das Budget für 1914 unterteilt. Die ordentlichen Einnahmen betragen 224 Millionen Drachmen, die ordentlichen Ausgaben 220 Millionen. Die außerordentlichen Ausgaben im Betrage von 184 Millionen für das Heer und die Flotte, öffentliche Arbeiten und die Unterhaltung der Flüchtlinge werden durch die in Frankreich abgeschlossene Anleihe gedeckt.

Die griechischen Zwischenfälle in Sofia. Sofia, 10. Juni. Der Polizeipräfekt wurde abgesetzt, weil er nicht sofort alle notwendigen Maßnahmen ergriffen hatte, um die Menge an der Besetzung der griechischen Kirche zu verhindern. — Der griechische Geschäftsträger fordert Schadenersatz und die Herausgabe aller von der Bevölkerung in Sofia genommenen griechischen Kirchen und Schulen. Gestern wurde hierfür vorerst in Vorgos das Haus eines griechischen Unterrichts geplündert; in Vargas wurden einige Privatschulen geschlossen. Manifester waren in einem griechischen Hof die Fenster ein. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Die Besetzung des englischen Botschafts in Kairo wurde geplündert und eingeschossen.

Zu den Griechenverschwörungen in der Türkei. Athien, 10. Juni. Die Pforte hat der griechischen Regierung mitgeteilt, daß sie ihr Möglichstes tue, um den Griechen in der Türkei Hilfe zu verschaffen. Sie werde eine Untersuchungskommission, bestehend aus einem Civilinspektor als Vorsitzenden und zwei Offizieren, nach Smyrna entsenden.

China.

Die Anleihen. Peking, 9. Juni. Die Vertreter der Bankiers der fünf Mächtegruppe haben heute der chinesischen Regierung die Summe von 3100000 Taels ausgestellt. Sie behielten 1 Million Pfund Sterling zurück, um die laufenden Verpflichtungen, für welche die Salzsteuer Sicherheit bietet, zu erfüllen. Ferner behielten sie 1200000

Taels zurück, um den außerordentlichen Erfordernissen für den laufenden Monat, die durch den Rückgang der Zolleinnahmen für Mai hervorgerufen sind, zu begegnen. Man hatte geschäkt, daß die Einnahmen aus der Salzsteuer für das am 21. Mai 1913 beginnende Jahr auf 21 Millionen Dollar sich belaufen würden. Die wirtschaftlichen Einnahmen betrugen jedoch 34 Millionen Dollar, obwohl die Erhebung der Steuer erst im Oktober begann. Die Einnahmen seit dem 2. Mai allein übersteigen 1 Million Pfund. Die Vertreter der Künstmägdegruppe betrachten daher jetzt die Salzsteuer als hinreichende Sicherheit für eine weitere Anleihe von 25 Millionen Pfund, welche wahrscheinlich abgeschlossen werden wird und sowohl die Ergänzungsanleihe von 9 Millionen Pfund, deren Einzelheiten bereits gemeldet wurden, als auch die Währungsreformanleihe umfassen wird.

Japan.

Vorbereitungen zur Ausführung des Panamakanals. Nach Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland wird in Japan die neue Verbindung Panama-Colon mit New York und Boston für die dortigen allgemeinen Handels- und Absatzinteressen so hoch eingeschätzt, daß seitens der Regierung die Errichtung einer Vorlage über die Subventionierung der San-Francisco-Linien und der neu einzurichtenden Fahrt durch den Kanal bevorsteht. Die bekannte Schiffsgeellschaft Nippon-Yūsen-Kaihō hat bereits eine Anzahl von Dampfern von 7. bis 8000 Tonnen für die Panamakanallinie in Bau gegeben. Auch andere japanische Gesellschaften bewerben sich um Staatsunterstützung für den gleichen Zweck. Bedenfalls ergibt sich daraus, daß die Wirkung der in kaum Jahresfrist zu eröffnenden Verbindung zwischen dem Stillen und dem Atlantischen Ozean in Ostasien immer stärker hervortritt.

Die Bevölkerungszahl der Großstädte. Tokio, 5. Juni. Die japanische Presse gibt mit Stolzer Genugtuung die amtlichen Meldungen wieder, wonach die Bevölkerung seiner Hauptstadt Tokio jetzt die zweite Million überschritten hat und sich auf dem Wege zur dritten befindet. Das Anwachsen von Tokio beruht zweifellos zum allergrößten Teil auf Zuwanderung vom Lande. Außer Tokio gibt es in Japan nur noch eine Millionenstadt, Osaka, mit etwas über einer Million. In größeren Städten gibt es dann nur noch Nioto mit etwa 450 000, Yokohama mit ungefähr ebensoviel, Nagoya und Kobe mit nicht ganz 400 000, Nagasaki mit etwa 200 000, Hiroshima, Matsuyama und Kure mit etwas mehr als 100 000 Einwohnern. Die obigen Ziffern sind alle nur annähernd gegeben. Die amtlichen japanischen Angaben bringen zwar bis auf den letzten Einwohner genaue Ziffern, diese sind aber nicht in einwandfreier Weise gewonnen worden. Beispielsweise wird jetzt die Einwohnerzahl Tokios nach der letzten Volkszählung mit genau 2 033 321 angegeben. Die Volkszählung ist aber nicht in einer bestimmten Nacht vorgenommen, sondern durch recht willkürliche Erhebungen gewonnen worden, die sich über ganze fünf Monate verteilen. Ziemlichwolche sichere Schlüsse sind aus ihnen also nicht zu ziehen. Im Vergleich mit der vorhergehenden Volkszählung, die fünf Jahre zurückliegt, soll die Einwohnerzahl Tokios um 410 000 zugenommen haben, also um etwa 80 000 in jedem Jahr.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Kollektiv-Unfallversicherung für Schulkindern.

Die Art des modernen Schulunterrichts, in dem körperliche Übungen, Turnen, Spielen und Sport eine wesentliche Rolle spielen, führt nicht selten zu Verletzungen von Schülern, die auch der sorgfältige Lehrer bei der besten Aufsicht nicht vermeiden kann. So weiß die Schule die Haftung ablehnt, können den Eltern nicht unverhinderliche Ausgaben erwachsen, zu deren Ertrag die Unfallversicherung das beste Mittel bietet, das aber wegen der verhältnismäßig hohen Kosten der Einzelversicherung nur selten gebraucht wird. Hier werden die Schulverwaltungen helfend eingreifen und durch Kollektiv-Versicherungen die Räume für den einzelnen Schüler verringern können. Die Zahl der Städte, welche selbstständig Kollektiv-Unfallversicherungen mit Privatgesellschaften abgeschlossen und auch die Kosten dafür auf sich genommen haben, ist nach dem Ergebnis einer Auffrage der Zentralstelle des Deutschen Städtebundes gering. Als einzige Stadt mit einer Kollektiv-Unfallversicherung für sämtliche Schulkinder wurde Flensburg ermittelt. Diese Versicherung ist im Jahre 1911 mit der Schweizer Unfallversicherung, A.G., in Winterthur gegen eine Prämie von ½ Pf. pro Schüler abgeschlossen worden. Die persönliche Haftpflicht des Lehrers ist von der Versicherung ausgeschlossen. Ferner besteht in Stralsburg eine Kollektiv-Unfallversicherung für Schulkinder für die Teilnehmer bei den obligatorischen Spielen der Mittel- und höheren Schulen. Als Maßstab für die Prämienberechnung gilt die Anzahl der Schüler bzw. Lehrer (pro Kopf und Jahr 0,55 M. beginn. 1,55 M.). Die Gesellschaft gewährt für die Versicherung folgende Rabatte: 1. 80 Prozent bei mehr als 1000 Schülern; 2. 10 Prozent Vertragsschrankt und endlich 3. 10 Prozent für 10jährige Abschlußversicherung.

Die bis jetzt wirklich zu zahlende Prämie betrug jährlich durchschnittlich netto 825 M. Die Versicherung ist im Jahre 1908 auf 10 Jahre abgeschlossen worden. Schadensfälle sind noch nicht vorgekommen. Mehrere Städte haben derartige Versicherungen nur für solche Schüler abgeschlossen, die durch die Eigenart des Unterrichts, z. B. in Lehrverschärfungen, größeren Gefahren ausgeetzt sind. Von einigen Städten sind besondere Abmachungen mit privaten Versicherungsgesellschaften getroffen worden, die den Eltern die Unfallversicherung ihrer Kinder erleichtern. In Charlottenburg z. B. bestehen für die einzelnen höheren Schulen derartige Sonderabmachungen. Die Jahresprämie beträgt in allen Fällen pro Jahr und Schüler 1,50 M., in einer Schule, die bereits seit 1908 diese Versicherung hat, 1,40 M. Die Versicherungsverträge mit der Gesellschaft "Athenaeum" in Köln sind unter der Bedingung abgeschlossen worden, daß sämtliche Schüler der betreffenden Anzahl versichert werden. Bei den mit dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein, A.G., in Stuttgart abgeschlossenen Versicherungen ist die Beteiligung der Kinder freiwillig.

Diese Art der Kollektiv-Versicherung, bei der die Schule gleichzeitig nur die Rolle einer Vermittlerin übernimmt, kann vielleicht als die beste Lösung der Schüler-Unfallversicherungsfrage sowohl für die Schule als auch für die Eltern gelten. Den Eltern bringt sie bei genügender Beteiligung alle Vorteile einer Kollektiv-Versicherung mit ihren relativ geringen

Prämiien, den Schulen verursacht sie keinerlei Kosten, höchstens einige Verwaltungskosten.

Derjenigen Standpunkt nimmt auch Herr Direktor Dr. Höfer von der Oberrealschule am Rietberg in Wiesbaden ein, der vor Jahren schon die freiwillige Versicherung der Schüler in seiner Anstalt eingeführt hat, von wo aus sie dann auch von den anderen höheren Schulen Wiesbadens übernommen wurde. Die Schüler sind hier bei dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein in Stuttgart versichert, und zwar gegen die niedrige Jahresprämie von 1,50 M. Die Versicherung wird von der Gesellschaft durchaus entsprechend gehandhabt; sie erstreckt sich auf jeden Unfall, der in der Schule und auf dem Weg zur und von der Schule kommt, einerlei, ob der Weg zu Fuß, mit der Straßenbahn oder auf dem Fahrrad zurückgelegt wird. Selbst wenn ein Unfall durch tödlichen Leichnam eines Schülers verhängt worden ist, kommt die Versicherung für den Schaden auf. Natürlich sind auch die Unfälle eingeschlossen, die sich etwa bei Schulausflügen, gemeinschaftlichen Besuch von Museen vergleichend ereignen. Man hat hier mit der freiwilligen Kollektiv-Versicherung unter Vermittlung der Schulverwaltung die allerbesten Erfahrungen gemacht. Erfreulicherweise bricht sich auch in den Kreisen der Eltern die Erkenntnis von dem Wert der Schulversicherung immer mehr dahin; von den 580 Schülern der Oberrealschule am Rietberg sind jetzt rund 400 versichert. Wie leicht gerade in der Schule schwere Unfälle eintreten, beweist folgender Fall, der sich vor kurzem hier zugetragen hat: Beim Turnen stöhnt ein Schüler einen Kameraden gegen den Mund. Dabei bricht diesem ein Zahn aus und gräßt sich tief in die Hand des anderen ein. Die Folge war eine schwere Blutvergiftung, die den Jungen in Lebensgefahr brachte. Noch jetzt liegt er stark darunter. Die sämtlichen durch diesen Unfall entstandenen Kosten bezahlt die Versicherung.

Von der Landesbibliothek.

Die Verwaltung der Nassauischen Landesbibliothek in Wiesbaden hat eine neue, durch Magistratsbeschluss vom 2. Mai genehmigte Benutzungsordnung herausgegeben, die gegen früher einige Verbesserungen vorsieht. Die hauptsächlichste dieser Verbesserungen ist die, daß die Ausleihe von Büchern, die bisher nur von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 4 Uhr stattfand, Mittwochs und Samstags bis 8 Uhr verlängert worden ist. Im übrigen wurde an den Benutzungszeiten nichts geändert. Durch die Erweiterung der Ausleihe an den zwei Nachmittagen ist ein oft hörbar gewordener Wunsch der Bibliotheksbenutzer erfüllt worden. Die Bibliothek ist nicht nur Sonntags und an allen gesetzlichen Feiertagen, sondern auch am Geburtstag des Kaisers, den Sonntagen vor Ostern und Pfingsten, am 24. Dezember, am Nachmittag des 31. Dezember sowie zu Reinigungszielen während der Pfingstwoche und der letzten vollen Septemberwoche geschlossen.

Zur Benutzung des Lesesaals ist jeder Erwachsene berechtigt. Dasselbe gilt von der Entleihe von Büchern; hier muß natürlich eine entsprechende Sicherheit geboten werden, die entweder in der Leihaberkarte des Einzelnen oder in einem Bürgschein bestehen kann, der von einer vertrauenswürdigen Person ausgestellt ist. Ausnahmsweise kann statt des Bürgscheins auch ein Geldbetrag von mindestens 20 M. hinterlegt werden, der nach Rückgabe der Bücher unter Abzug etwaiger Schadensersatzes zurückgezahlt wird.

Die Leihfrist beläuft sich für Wiesbadener Bürger auf einen, für auswärtige auf zwei Monate, sie kann jedoch bei vielgebrauchten Werken und bei neueren Zeitschriftenböändern auch kürzer bemessen werden. Bekanntlich wird für die Entleihe von Büchern eine Leihgebühr von 10 Pf. für den Band und Monat oder (im Abonnement) 4 M. jährlich oder 2 M. 50 Pf. halbjährlich erhoben. Das Abonnementjahr beginnt am 1. April oder am 1. Oktober. Für die Benutzung des Lesesaals ist eine Lesekarte zu lösen, die 10 Pf. kostet und ein Jahr lang (vom 1. April bis 31. März) gilt. Auswärtige Benutzer müssen zu der Leihgebühr auch die Postporto für die Hin- und Rücksendung tragen.

Die neue Benutzungsordnung tritt an Stelle der am 1. April 1896 erlassenen Ordnung. Besonders bemerk zu werden verdient, daß abgerechnet von der Königl. Bibliothek in Berlin, keine andere wissenschaftliche Bibliothek in Deutschland eine so ausgedehnte Benutzungszeit aufzuweisen hat wie die Nassauische Landesbibliothek.

— **Fronleichnam.** Der höchste kirchliche Feiertag der Katholiken ist der Fronleichnamstag, der in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts aufstammt und zur Verherrlichung des Abendmahlskrammers gefeiert wird. Das Geheimnis des Altars gilt mit Recht als das Hauptgeheimnis der katholischen Kirche. Wenn irgend ein religiöser Glaubenssach-Anspruch darauf hat, in der hl. Schrift hat und bestimmt bezogen zu sein, so ist es der Sach von der Gegenwart des Herrn im allerheiligsten Sakrament, lesen wir bei einem katholischen Schriftsteller, der das Fest des hl. Fronleichnams „die arreste Blüte christlichen Glaubens“ nennt. Die Entstehung des Fronleichnamfestes wird zurückgeführt auf die Vision einer Ordensschwester in Lützschena namens Julian. In der Vision wurde der Schwester angeblich von Jesu selbst mitgeteilt, der Festkreis der Kirche sei so lange unvollständig, bis das Altarsakrament, die Hostie also, einen besonderen Feiertag habe. Die Visionärin verkündete weiter, sie habe den Auftrag, diese Mitleitung Jesu der christlichen Welt bekannt zu geben. Offenbar macht sich das Fronleichnamfest durch die prunkvollen Prozessionen bemerkbar, die überall da gefeiert werden, wo die Katholiken stark verbreitet sind.

— **Gemeinfame Ortskranenkasse.** In der vorigestrichen 2. ordentlichen Auszahlung der Allgemeinen Ortskranenkasse, über die in der gestrigen Abend-Ausgabe bereits berichtet worden ist, wurde auch der Wunsch ausgesprochen, es möchten Krankheitsstaaten, nach Berufsgruppen und Alters getrennt, aufgestellt und statistisch nachgewiesen werden, wie das Verhältnis der Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Altersklassen sich darstellt. Auch wurde zur Sprache gebracht, daß eine Gegenüberstellung der Krankheitsstaaten mit den Arbeitslosenstatistiken im Interesse der Kasse zu begründen wäre. Erwähnt wurde ferner noch, daß ausweislich des Geschäftsbüros nach den im Jahre 1913 vorgenommenen vertrauensärztlichen Nachuntersuchungen von 1012 erkannten Kassenmitgliedern 482 in der ersten Krankheitswoche arbeitsfähig befunden worden seien. Der Verdacht der Simulation könne bei diesen 482 arbeitsfähig befindenen Leuten nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Hierauf wurde erwidert, daß aus dem Erfolg der Nachuntersuchungen nicht unbedingt auf Simulation geschlossen werden müsse. Darauf erwähnt wurde, daß die Allgemeine Orts-

frankenlose Wiesbaden noch nicht das System anderer Kassen insbesondere größerer Betriebskonsortien, nachgeahmt hat durch häufige vertrauensärztliche Nachuntersuchungen den Krankenstand herabzudrücken. Sodann wurde noch von einem Vorstandsmitglied die Wiedereinführung der *Buahabettage* für die Familienversicherung für notwendig gehalten und gebeten, daß sich die Ausschußmitglieder mit dieser Frage schon jetzt beschäftigen möchten, damit der Vorstand nicht eines Tages mit einer vollendeten Tafache den Ausschuss überraschen müsse. Von verschiedenen Ausschußmitgliedern wurden Beschwerden über schlechte Behandlung der Kassenmitglieder durch einen Bahnarzt vorgebracht und vorgeschlagen, daß mit solchen Bahnärzten, die Grund zu dauernden Beschwerden geben, ein Vertrag nicht abgeschlossen werden solle. Der Kassenvorstand erklärte, daß die Angelegenheit geprüft und bereits bei Abschluß der neuen Verträge beurtheilt werden sei, man müsse aber auch in Erwägung ziehen, daß bei der damaligen Überleitung des betreffenden Bahnarztes wohl Versehen vorkommen können.

— Zu den evangelisch-lutherischen Wahlen. Von kirchlicher Seite wird darauf außerordentlich gemacht, daß die Kirchenwahl morgen im Bürgersaal des Rathauses von vormittags 11 Uhr bis abends 7 Uhr stattfinden. Eine allseitige rege Beteiligung ist im Interesse der Sache dringend geboten.

— Für die Geschäftswelt. Wie uns die Handelskammer mitteilt, sind in Wiesbaden die Saison- und Inventur-Ausverkäufe in der Zeit vom 1. Juli bis 15. August gestaltet. Die Ausverlaufsdauer beträgt hier nur zwei Wochen.

— Die Heilsarmee veranstaltet, wie aus dem Inseraten Teil der vorliegenden Nummer hervorgeht, heute abend in ihrem Lokal eine Gedächtnisfeier für ihre bei der Katastrophe der "Empress of Ireland" verunglückten Glaubendienstlichen.

— Die Wiesbadener Kronenbrauerei veröffentlicht in dem Anzeigen Teil der vorliegenden Ausgabe des "Wiesbadener Tagblatts" eine Bekanntmachung, in welcher den in letzter Zeit hin und wieder über die Firma verbreiteten Gerüchten entgegenzuhalten wird. Die Direktion erklärt, daß die Berücksichtigung jeder Grundlage entbehren, die lehre Generalversammlung der Gesellschaft habe einstimmig das größte Vertrauen in die Fortentwicklung und die Leistungsfähigkeit der Brauerei gesetzt.

— Personal-Nachrichten. Staatsanwalt Dr. Eich in Wiesbaden bat den Chorister als Staatsanwaltsbeamten erhalten.

— **Israelitischer Gottesdienst.** Israelitisches Gottesdienstgemeinde. Synagoge Michelshöhe. Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Freitag: abends 7½ Uhr, Sabbat: morgens 8¾ Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 9,35 Uhr. Gottesdienst im Gemeindesaal: Woche: morgens 8½ Uhr, abends 7½ Uhr. Die Gemeindesynagoge ist geöffnet: Dienstagabend von 8 bis 9½ Uhr, Sonnabendmorgen von 3 bis 4 Uhr.

— **Altisraelitisches Gottesdienstgemeinde.** Synagoge: Friedhofstraße 23. Freitag: abends 7½ Uhr, Sabbat: morgens 7 Uhr, Mittwoch 9¾ Uhr, Sonntag 10½ Uhr. Jugendgottesdienst nachmittags 8½ Uhr, nachmittags 4 Uhr, abends 9,35 Uhr. Woche: morgens 8½ Uhr, abends 7½ Uhr.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der "Klub Edelweiß" veranstaltet heute, von nachmittags 4 Uhr ab, auf der "Alten Adolfshöhe" (Inh. Job. Pauli) einen Tanzabend mit humoristischer Unterhaltung und Belebungen bei freiem Eintritt.

* Die "Wiesbadener Kinner" beteiligen sich an der heute im Saale der "Alten Adolfshöhe" (Inh. Job. Pauli) stattfindenden Unterhaltung mit Tanz, in welcher auch die Gymnisten Lehmann und Stahl mitwirken.

* Der Gesangverein "Liederblätter" beteiligt sich am kommenden Sonntag an dem Gesangwettstreit in Ridda. Die Generalprobe hierzu findet am Freitag, den 12. d. M., abends 9½ Uhr, im Gesellenhaus in der Dohleimer Straße statt.

* Der Lehrerinnenverein für Nassau" hält am 13. Juni, nachmittags 5 Uhr, auf der "Alten Adolfshöhe" seine Monatsversammlung ab. Mr. Guttmann berichtet über die Venauer Ferienkurse und Vereinsangelegenheiten.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— Bierstadt, 10. Juni. Der Kaufmann Wilhelm Kirsch beschäftigt auf seinem Gelände in der Adlerstraße ein Wohnhaus zu errichten. Der Gemeinderat genehmigt das Gebäude unter der Bedingung, daß Geschäftsräume die vorgesehenen Straßenseiten zählen. — Das Gesuch des Waldjugendpächters Jäger-Kreisstein um Verordnung des Platzes, auf welchem seine Jagdhütte steht, auf die Dörfer von 15 Jahren wird abgelehnt. Falls jedoch der jetzige Pächter nach Ablauf des Vertragsvertrittes die Jagd wieder macht, soll ihm das betreffende Gelände verpachtet werden. Dem Antrag des Waldjugendpächters, den Jahresaufschuß von 450 M. auf 600 M. zu erhöhen, wird widerrufen und stattgegeben. Die Lieferung einer Waldschuhkarte für die Pächter wird dem Zimmermeister Schäfer übertragen. Die Kanalarbeiten in der Hainer- und Wartestraße werden von Maurermeister Ludwig Winkl ausgeführt.

— Dossenheim, 10. Juni. Der diesjährige Verbandsverein wird in diesem Frühjahr die 15 aufgestellten Kerzenbänke mit einem neuen Antlitz und die Vegetabilen und Blumen mit neuen Blättern versehen. Ferner hat er auch den Promenadenweg an der Idsteiner Straße an dem Wallerbecken vorbei bis zur Gemüsegrenze weitergeführt und auch einen Fußpfad nach der stattlichen "Kaiser-Eiche" im oberen Grondt hergestellt. Der Weg dorthin führt durch das berühmte Weißburger Tal (est. rechts), dann links, den neuen Reichs-Ritter-Saal (folgen) bis zum Wasserfallen; von hier führen rechts ab die schwarzen Bänke in wenigen Minuten zur Kaiser-Eiche und wieder in kurzer Zeit an einer Ruhebank in den oberen Grondt-Wiesen vorbei, von wo man eine schöne Aussicht bei auf die Krauselopfstraße hat.

— Kraenstein, 9. Juni. In der Abend-Ausgabe vom letzten Samstag wurde über unsere "Kerb" informiert. Nur der erste Teil des Berichts bezog sich indessen auf unseren Ort, die Bemerkungen über die neue Karneval der katholischen Kirche usw. bezogen sich dagegen auf Dossenheim. Die diesjährige Karnevalsumzug am letzten Samstag botte sich eines solchen farbigen Gefüges an, wie noch selten in den letzten Jahren. Die Wirtschaften waren sämlich geradeaus gefüllt, so daß vor mancher Kneipe keinen Platz mehr finden konnte. Leider setzte gegen Abend Regen ein, wodurch die Gäste aus dem Freien sämlich in die Lokale gingen und diese dadurch noch mehr überfüllt wurden.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

1. Cls. 10. Juni. Gestern wurde dem Besitzer der Biegsteiner Mühle, W. Weber, eine Geldstrafe mit einem Betrag von 7000 M. aus seinem Schafzimmers gestohlen. Als Zeuge kommt ein 23 Jahre alter Arbeiter von Limburg, der bei einem biegsamen Bewohner nebst Hausarbeiten beschäftigt und Nebenarbeiten an der genannten Mühle ausgeführt, in Betracht.

Nachbarstaaten u.-Provinzen.

Verbandtag der Schlosser-Innungen.

5. Mainz, 10. Juni. Der Verbandstag deutscher Schlosser-Innungen ging gestern zu Ende. Über den "Sach der Arbeitswilligen" referierte Obermeister Boden (Dresden). Der Redner vertrat den Standpunkt, daß unter allen Umständen die Arbeitswillige geachtet werden müsse. Das Koalitionsrecht der Arbeiter sollte erhalten bleiben. Auch über das Streitpunkten müßten gesetzliche Regelungen getroffen werden. — Zum Vororte des Verbandes wurde wieder Leipzig bestimmt und die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Für die nächsten Tagung wird Dresden gewählt. Für die Fachschule in Hofwein wurden 2000 M. bewilligt. Heute Mittwoch findet eine Abreinfahrt nach Rüdesheim und Besuch des Ritterwaldentwals statt.

Die Mordache Post-Hendrich.

Frankfurt, 9. Juni. In der Untersuchungssache gegen die des Nordes an dem Privatgelehrten Hendrich Verdächtigen werden die Ermittlungen nach allen Richtungen eifrig fortgesetzt. Gerichtsbeamter Dr. Bopp (Frankfurt am Main) fand in der Tasche des Reises des Nordes, der über der Leiche des Hendrich lag, den durch das Feuer teilweise zusammengebrannten Ring Vogts, obwohl dieser angegeben hatte, daß er nach Ausbruch des Feuers gar nicht mehr im Zimmer war, sondern nur an der Türe sich des Feuers zu entziehen suchte. Von Interesse ist auch, daß unter den bei Vogt gefundenen Papieren sich Briefe und Prospekte eines Berliner Institutes befanden, das über Saillenentwicklungslinien Leitung für Damen abgab und auch Vazillen vertrieb. Möglicher ist, daß Vogt als Mediziner sich für diesen Teil der Wissenschaft interessierte, es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß er sich mit dem Vazillenstudium zu ganz bestimmten Zwecken beschäftigte.

Gerichtsraum.

5. Prozeß. Ein Mainzer Kaufmann und Weinreisender war im Laufe der letzten Jahre auf seinen Reisen in Belgien zweimal auf der Eisenbahn verunglückt und erlitt dadurch eine ganz bedeutende Verstörung seines Nervensystems. Auf Grund des ersten Eisenbahnunfalls erlangte der Verunglückte eine Entschädigung von 50 000 M. Da durch den zweiten Unfall die Krankheit des Weinreisenden ganz bedeutend verschlimmert wurde, ließ er eine weitere Entschädigungsfrage anhängig machen. Ein "guter Freund" benötigte die Kenntnis von diesen Vorfällen, um in einem satirisch gehaltenen Artikel in den "Frankfurter Nachrichten" dem Verunglückten den Vorwurf der Simation zu machen. Dies veranlaßte den Weinreisenden, gegen den verantwortlichen Redakteur genannter Zeitung, Eduard Beckmann, Privatlage wegen Bekleidung anzustrengen. Am 5. Juni hatte sich der Redakteur Beckmann vor dem Mainzer Schöffengericht zu verantworten. Er wollte nicht die Verantwortung tragen, da dies Sach des Lokalredakteurs Reiter sei. Dieser übernahm auch als unbekannter Zeuge die volle Verantwortung für den Artikel. Das Urteil wurde auf vorgestern verkündet. Das Gericht war der Ansicht, daß den Angeklagten Beckmann die volle Verantwortung trifft und verurteilte ihn zu 100 M. Geldstrafe und sämtlichen Kosten.

wb. Ein Gymnasiast unter der Anklage des Mordversuchs. Hanau, 10. Juni. Vor der Strafammer Hanau begann heute morgen der Prozeß gegen den Gymnasiasten Anton Wolf aus Salzburg, der am 1. Januar, in der Silvesternacht, durch vier selbständige Handlungen den Entschluß gefaßt hatte, seinen Bruder, seine Mutter, seine Tante und seine Schwester zu töten, und zwar mit Überlegung. Der Prozeß wird bis zur späten Abendstunde dauern.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen.

* Frankfurt a. M., 10. Juni. Tessino-Flachrennen. 2000 Mark. 1. Dr. Rießel Knillhorn (Herder), 2. Salier, 3. Eise mit Weise. 18:10; 11, 18:10. — Staufen-Hürdenrennen. 5000 M. 1. Gest. Ludwigsfelds Kondor (Unterholzner), 2. Hands off, 3. Corinna. 18:10; 12, 22:10. — Gouverneur-Jagdrennen. 5000 M. 1. B. Dodels Avignon (Dodels), 2. Nada, 3. Die Rabe und O'Du, totes Rennen. 15:10; 14, 32:10. — Kaiserpreis-Jagdrennen. 10 000 M. 1. Lt. Prinz W. d. Schomberg-Lippes Diamond Hill (Nedwib), 2. Coral Wave, 3. Copley. 43:10; 20, 23, 22:10. — Preis von Schwabach. 5000 M. 1. R. Then-Berghs. Trish Lad (Gutterm). 2. Treffelstein, 3. C. J. 19:10; 13, 14:10. — Caldele-Jagdrennen. 5000 M. 1. Gest. Ludwigsfelds Samiel (Hermann), 2. Catalonia, 3. Erbischaf.

* Le Tremblay, 10. Juni. Prix d'Avon. 3000 Franken. 1. Gaillaudis Sourding (J. Neiss), 2. Mignon Bro, 3. Coen. 96:10; 37, 18, 70:10. — Prix de Franchard. 4000 Franken. 1. de Mumm's Caliglo (Uto), 2. Cher Maître, 3. Saint Lo. 76:10; 19, 12, 43:10. — Prix du Beau. 4000 Franken. 1. Nutger Le Robb Everdale (O'Reil), 2. Waterhen, 3. Mon Roy. 2. 28:10; 15, 47:10. — Prix de Charlettes. 3000 Franken. 1. Bergs Rayon d'Or 4 (Bobella), 2. Crescent, 3. Olivete 2. 73:10; 38, 39:10. — Prix Onesime Aguado. 10 000 Franken. 1. Carlos Madariaga Menaggio (R. Parat), 2. Kinode, 3. Rabille. 110:10; 20, 18:10. — Prix de Marlotte. 4000 Franken. 1. Bar. de Regnos Frostingale (Grant), 2. Dight Bell, 3. Bargas. 158:10; 51, 31, 44:10.

* Die Wiesbadener Schützengesellschaft, C. B., hielt am Dienstag ihre diesjährige erste ordentliche Hauptversammlung ab. Der von Oberstabschulmeister Heller eröffnete Jahresbericht ließ erkennen, daß in idyllischer Hinsicht das vergangene Vereinsjahr für die Gesellschaft ein sehr günstiges gewesen ist. Zahlreiche Mitglieder beteiligten sich an auswärtigen Treffen und errangen hervorragende Preise. Auch die Gruppenmannschaft der Schützengesellschaft blieb im Gruppenstechen bei dem Mainzer Verbandschießen sowohl auf Stand als auf Welt Sieger. Der von dem Schulmeister erstattete Rechenschaftsbericht ergab in Einnahme und Ausgabe ca. 25 000 M. Die Versammlung nahm ferner eine Erhöhung des Vorstandes vor, da einige Mitglieder des Vorstandes infolge Krankheit bzw. geschäftlicher Verbindung eine Niederwahl ablebten. Nachdem aus der Versammlung dem Oberstabschulmeister für seine umfassende und aufopfernde Tätigkeit für die Gesellschaft der Dank der Anwesenden ausgeschworen war, konnte der Oberstabschulmeister die Versammlung gegen 12 Uhr schließen.

* Ariegsmäßige Ballonverfolgung in Mainz am 13. Juni. Die Teilnehmerlisten für die einzelnen Abgeordneten sind nunmehr abgeschlossen. Außer dem Beppelklußfiff, Militärschiff "Z VII" (Führer Hauptmann v. Seck), nehmen 8 Flugzeuge teil, und zwar die Flieger Hauptmann Güter (Hauptmann Krüger), Oberleutnant Kellermann (Hauptmann Oberleutnant Hachenburg), Leutnant v. Osterroth

(Hauptmann v. Modt), Leutnant Reinhardt (Hauptmann v. Rumann), Leutnant Wenck (Hauptmann Küller), Unteroffizier Seel (Hauptmann Bodhof), Unteroffizier Schmid (Hauptmann Junke). Alle Flugzeuge sind Adalbertsboven- oder Mercedes-Motoren ausgerüstet. Ferner die "Freiballone", "Aerostat-Breisbau" (Führer Dr. R. Biekmann), "Hessen" (Oberleutnant Reuter), "Frankfurt" (Julius Rohr), "Noenus" (O. Grumbach), "Justitia" (W. Jessel), "Tillie" (Direktor O. Neumann), "Mainz-Wiesbaden" (Hauptmann Stuhlmacher), "Herzog Ernst" (Dr. jur. Denecos), "Saarbrücken" (Oberleutnant Döhmer), "Continental" (Gardes du Régiment d'Ingenieurs d'Artillerie S. Janz); die "Motorschiffe"; "Arie" (Führer Direktor A. Schmidt-Frankfurt), "Mercedes" (Herrmann Wiedmann-Mainz), "Aurea Roguntia" (Hauptmann H. Rauch-Mainz), "Opel-Lenz", Mainzer Radverein (Georg Benatz-Mainz), "Wafferratte" (Konrad Werbell-Mainz), "Aenne" (Direktor Dr. Diezbold-Mainz), "Opel" (Kom. Rat C. Opel-Rüsselsheim), "Fanny" (Dr. W. Mertens-Mainz), "Selina" (Herr. Rat Dr. Küntherberg-Mainz), "Roguntia" (Mainzer Radverein Gustav Klein-Mainz), und die "Kraftwagen"; "Bob", "E. Dunlop Wiesbaden", Adolf Scherdt-Saarbrücken, Albert Waller-Mainz, Joseph Goebel-Mainz, Willi. Döhr-Frankfurt a. M., Heinrichmann-Wiesbaden, Otto Henßel-Friedrich-Wiesbaden, Arthur Hamm-Wiesbaden, Willi. Meyer-Frankfurt a. M., Artur Koeber-Mainz, Max Lohner-Göbenheim, Ludwig Matz-Mainz, Fritz Opel-Rüsselsheim, Fritz Opel-Rüsselsheim (Führer Ludwig Ward), Heinr. Opel-Rüsselsheim, Dr. Ludwig Opel-Rüsselsheim, Emil Kaufmann-Wiesbaden, Aug. Röwer-Frankfurt a. M., Julius Röder-Frankfurt a. M., Direktor Louis Mühl-Worms, Max Salomon-Mainz, B. Sonnenchein-Mainz, Willi. Sauveterre-Mainz, Otto Stöhr-Mainz, Robert Simberg-Mainz, Direktor Willi. Wendle-Rüsselsheim.

Abgeordnetenhaus.

Einer Drahtbericht des Wiesbadener Tagblattes.

8 Berlin, 10. Juni.

Am Ministerialisch: Dr. Venke.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die

Abänderung der Besoldungsordnung.

In einer Resolution der Kommission wird die Staatsregierung erucht, baldigst Gesetzentwürfe vorzulegen, wodurch Mängel, Härten und Ungleichheiten der Besoldung ausgelöscht werden, den Bedürfnissen kinderreicher Familien Rechnung getragen und die bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses entstandenen Unzuträglichkeiten beseitigt werden. Ferner wird die Regierung erucht, bei dem Bundesrat dahin zu wirken, daß bei der Einreichung der Orte in die Oxissalassen, der für eine angemessene Wohnung zu tragende Meissauwand berücksichtigt wird.

Abg. v. d. Osten berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. Dr. Busse (lons.): Da die Regierung an ihrem Standpunkt festhält, daß an der Vorlage nichts geändert werden kann, haben wir uns mit schwerem Herzen entschließen müssen, sie unverändert anzunehmen, obwohl ihre Mängel auch in der Kommission nicht bewältigt worden sind.

Abg. Dr. Savigny (Gent.): Wir schließen uns dem in der Kommission getroffenen Vereinkommen an. Angesichts der seitens der Regierung abgegebenen Erklärung, daß es zwecklos ist, Abänderungsanträge zu stellen, sehen wir von solchen Abträgen ab.

Abg. Dr. Wagner (freilons.): Meine politischen Freunde werden für die Vorlage stimmen. Wir erwarten, daß bei einer organischen Revision der gesamten Besoldungsordnung die Gehaltserhöhungen an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung ihre Grenzen finden und daß eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer vermieden wird.

Abg. Ströbel (Soz.): Wir haben verzögert gefordert, die weitergehenden Wünsche der Beamten in der Novelle zu berücksichtigen. Wenn Sie den Beamten ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollen, so beseitigen Sie das Dreißigjährigenwahlrecht. (Abg. v. Pappenheim: Das wäre das Wichtigste.) — Abg. Reinert: Darum ist es auch gesagt worden. — Abg. v. Pappenheim: Das nennt man Fang. — Abg. Hoffmann zum Abg. v. Pappenheim: Oberbauernfänger!

Begehrte Präsident Dr. Pöschl ruft den Abg. Hoffmann zur Ordnung.

Abg. Dr. Schröder-Kassel (natt.): Auch wir hätten gern mehr für die Beamten erreicht. Die Regierung hat uns das aber durch ihr energisches "Nein" unmöglich gemacht. Wir hoffen, daß die Regierung möglichst bald uns eine neue Besoldungsordnung vorlegt. Den Grundgedanken der Kinderhilfe halten wir für richtig und gebund.

Die Entlassung der Orte ist ein schweres Unrecht, das bald wieder gutgemacht werden muß.

Wir werden für die Vorlage stimmen, weil wir es nicht verantworten können, daß verdiente Beamte gar nichts bekommen.

Abg. Delius (Bpt.): Die Beamtenfamilie ist mit freudigen Erwartungen der Besoldungsvorlage entgegengelommen. Die Erwartungen sind aber leider enttäuscht worden, weil eine Reihe von Beamten keine Aufbesserung erhalten hat. Man wird aber anerkennen müssen, daß durch die Annahme der Vorlage der Beamtenfamilie ein großer Dienst geleistet wird, da 154 000 Beamtenfamilien einen Vorteil davon haben. Es ist zu begrüßen, daß die Vorlage hier nicht abgelehnt wird, wie es im Reichstag leider geschehen ist. Die Resolution der Kommission wird für die Regierung eine Grundlage für eine künftige Besoldungsreform bilden können.

Die jetzige Regelung des Wohnungsgeldzuschusses ist keine befriedigende; wir erwarten daher eine baldige Reform. Insbesondere ist eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten erforderlich. Nedner begründet sodann den Antrag seiner Partei (Antrag Ironsohn), betreffend die Rentenfürsorge für die Beamten. Die Beamten werden bei meiner Partei jederzeit gute Fürsprecher finden. (Beifall.)

Noch kurze Ausführungen der Abg. Ströbel (Soz.) und Dr. Schröder-Kassel (natt.) wird die Vorlage einstimmig angenommen, ebenso die Resolution der Kommission. Der Antrag Ironsohn (Bpt.) wird der Budgetkommission überwiesen. Die zur Besoldungsvorlage eingegangenen Petitionen werden der Regierung zur Erwägung überwiesen, naddem ein Regierungskommissar erklärt hatte, daß sie eingehend von der Regierung geprüft werden würden.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. — Nachte Sitzung Freitag 11 Uhr: Dritte Beratung der Besoldungsvorlage; erste Beratung des Kreditkommisgesetzes.

Schluß nach 3½ Uhr.

Die Arbeiterunruhen in Italien.

Die allgemeine Lage.

wb. Rom, 10. Juni. Der Generalstreik dauert fort. Die meisten Löden sind geschlossen. Außer dem "Popolo Romano" erscheinen keine Zeitungen. Eine auf dem Bio Piazza del Popolo geplante Versammlung wurde von den Behörden verboten. In der Umgebung der Arbeitsschlaferei kam es zu Angriffen, die von der Polizei leicht gestoppt wurden. In Venetien ist der Rückstand beendet. Die Stadt zeigt wieder ihr gewöhnliches Aussehen. In Mailand dauert der Generalstreik fort. Viele Löden sind geschlossen; die Zeitungen erscheinen nicht.

Ein Rundschreiben der Regierung an die Präfekten.

wb. Rom, 10. Juni. Ministerpräsident Salandra riefte an die Präfekten ein Rundschreiben, in dem er sie aufforderte, ihren ganzen Einfluß auszuüben, um eine Wiederholung der letzten Vorortministerie zu verhindern. Die Regierung sei eines Menschen Feind. Sie müsse ihre Pflichten erfüllen, deren erste die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sei; aber wenn zu der Aufrechterhaltung die Anwendung von Gewalt notwendig werde, solle nur mit größter Vorsicht und Rücksicht vorgenommen werden. Die Regierung vertraut darauf, bei der Wiederherstellung der Ruhe bei allen verstandesliebenden Bürgern Unterstützung zu finden.

Die Wirkung des Streiks auf den Verkehr.

wb. Rom, 10. Juni. Trotz des Generalstreiks widelt sich der Eisenbahnbetrieb in fast ganz Italien normal ab. Nur zwischen Ancona und Bologna ist die Bahnstrecke bei Faetano, Imola und Faenza beschädigt und der Betrieb unterbrochen. Der geistige Abend besteht in allen großen Städten ohne besondere Zwischenfälle. Heute vormittag verkehrten in Genova die Automobile und die Zugverkehre. Alle Löden sind geöffnet. Auch in Turin sind nicht alle Geschäfte geschlossen. In Neapel begann der Streik ernst zu werden; aber die Straßenbahnen verkehrten und die meisten Löden sind geöffnet. Ein Versuch, die Arbeiter im Eisenbahntunnel bei Grazie zum Ausland zu veranlassen, wurde durch die Polizei vereilt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Exzesse.

Rom, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht) Heute vormittag kam es in Rom an mehreren Stellen zu Handgemengen, bei denen das Militär feuerte; Einzelheiten fehlen noch.

O Mailand, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht) Die Zahl der in Mailand verwundeten Soldaten und Polizisten wird auf 40 angegeben. 12 verwundete Demonstranten wurden in Krankenhäuser gebracht. Nach den letzten Nachrichten waren besonders die Unruhen in Turin sehr ernst; es gab zwei Tote und sehr viele Verwundete. Von den Truppen und der Polizei sind 25 Mann verwundet worden. Die Eisenbahnen wurden unter militärischer Schutz gestellt. Erste Aufhebungen werden auch aus Bologna, Florenz und Venedig gemeldet. In Ponto Santo, in Favale (Provinz Bologna) wurden die Schienen aufgerissen, um einen Militärzug, der Infanterie und Kavallerie bringen sollte, zu zerstören.

* Turin, 10. Juni. Um geistigen Nachmittag dauerten die Kundgebungen an verschiedenen Punkten der Stadt fort. Etwa 25 Mann von den Truppen und der Polizei sind verwundet, darunter ein Polizeiagent lebensgefährlich. In Ancona kam es anlässlich des Begräbnisses der Opfer der letzten Zusammenstöße zu neuen Straßenunruhen, bei denen auch Revolverschüsse fielen.

Letzte Drahtberichte.

Der Aufstand in Albanien.

Eine Truppenrevue in Durazzo.

wb. Durazzo, 10. Juni. Gestern nachmittag hielt der Fürst Revue über die gesamten in Durazzo stehenden Truppen ab, die sich aus Mirditiden, Malisoren und Gendarmerie zusammensetzen. Während der Revue war das Fürstentum auffallend geisterhaft und geisterhaft. Der Fürst unterhielt sich u. a. mit den Führern Issa Volatinas, Marco Gjoni und Simon Doda. Der Oberstkommandierende, Oberstleutnant Thompson, hielt an den Fürsten eine Ansprache, in der er ihm der Erfolg der Truppen versicherte. — Am Abend wurde eine große Anzahl Gewehre und Munition sowie ein Geschütz nach Alessio zur Ausrüstung der dortigen Malisoren abgesandt. — Hofmarschall v. Trotha ist hierher zurückgekehrt.

Die angebliche Intervention des Königs von Rumänien.

wb. Berlin, 10. Juni. Ein ausländisches Blatt will aus diplomatischen Kreisen wissen, der König von Rumänien habe sich persönlich an den Kaiser gewendet und bei ihm zugunsten seines Neffen, des Fürsten von Albanien, interveniert. Die "Nord. Allg. Blg." ist ermächtigt, festzustellen, daß die Angaben erfüllt sind. Nichts Derartiges ist geschehen.

Die Vereinigten Staaten bieten ihre Vermittlung an.

O Athen, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht) Der bissiga Gesandte der Vereinigten Staaten, William S., trat heute eine Reise nach Nordgriechenland an, um die dortige Lage kennen zu lernen. Von dort reist er nach Albanien. Vor seiner Reise riefte William S. an die Gesandten der Großmächte ein Rundschreiben, worin er ihnen zur Kenntnis bringt, daß die Vereinigten Staaten ihre Vermittlung in der albanischen Frage anstreben, da sie die baldige Herstellung der Ordnung in dem neu gebildeten Fürstentum gern sehen würden und glücklich wären, wenn sie zur Konsolidierung der Verhältnisse Albaniens beitragen könnten.

